

Vorweg die Ukraine Berichte Teile 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.- nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-8.pdf>

**(Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

### Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

## Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 9:

**.) Putins letzte Chance:** <https://www.youtube.com/watch?v=e3ms6fLYDIg> -  
- stern-Experte erklärt, welche Optionen Putin im Krieg noch bleiben -

**.) Mariupol, die rote Linie, Russlands Ultimatum für Mariupol ist verstrichen. Kiew sagt die Stadt wird „bis zum Ende kämpfen“. Selenski lädt Macron in die Ukraine ein, um sich ein Bild vom „Völkermor:**

<https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-/!5849392/>

100.000 Menschen sind eingekesselt, die Stadt breitflächig zertsört -

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat die Lage in der eingekesselten Hafenstadt Mariupol als entsetzlich und herzerreißend beschrieben. Die andauernden russischen Angriffe auf die Stadt könnten eine „rote Linie“ sein, die alle Bemühungen für Frieden auf dem Verhandlungsweg beenden werde, sagte Kuleba am Sonntag im US-Sender CBS. Ähnlich hatte sich bereits der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj geäußert. Zwischen den Außenministerien in Moskau und in Kiew habe es in jüngster Zeit keine diplomatischen Kontakte gegeben, erklärt der Minister.

Die verbliebenen Verteidiger und die zivilen Bewohner der Stadt seien im Grunde von russischen Truppen eingekreist, sagte Kuleba. Die Ukrainer kämpften weiter, doch existiere Mariupol wegen der breitflächigen Zerstörung praktisch nicht mehr. Nach ukrainischen Schätzungen, die nicht unabhängig bestätigt werden können, kamen dort mindestens 21.000 Menschen ums Leben. Vor dem Krieg hatte die Stadt 450.000 Einwohner. Die verbliebenen rund 100.000 Menschen harren seit Wochen ohne Nachschub an Nahrungsmitteln, Wasser, Heizmöglichkeiten und Strom aus.

Selenski: Macron soll sich in Ukraine Bild von russischem „Völkermord“ machen  
Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski hat nach eigenen Angaben seinen französischen Kollegen Emmanuel Macron in die Ukraine eingeladen, um sich ein Bild des von russischen Soldaten begangenen „Völkermordes“ zu machen. „Ich habe ihm gesagt, dass ich will, dass er versteht, dass dies kein Krieg ist, sondern nichts anderes als ein Völkermord“, sagte Selenski in einem am Sonntag ausgestrahlten Interview im US-Sender CNN.

In einem Telefonat am Donnerstag habe er Macron eingeladen, in die Ukraine zu kommen, „wenn er die Gelegenheit hat“, sagte Selenski. „Er wird kommen und sehen, und ich bin sicher, er wird es verstehen.“ Selenskis Regierung wirft der russischen Armee vor, in der Ukraine einen „Völkermord“ zu begehen. Auch US-Präsident Joe Biden sprach in dieser Woche von einem „Genozid“ an den Ukrainern. Ähnlich äußerten sich Kanadas Regierungschef Justin Trudeau und Großbritanniens Premierminister Boris Johnson.

Zurückhaltender mit Blick auf die Bewertung mutmaßlicher russischer Gräueltaten in der Ukraine zeigten sich die Regierungen Deutschlands und Frankreichs. Macron warnte am Donnerstag vor einer „Eskalation der Worte“, die der Ukraine nicht helfen werde. „Das Wort ‚Völkermord‘ hat eine Bedeutung“, betonte der französische Präsident. Es sei an Juristen und nicht an Politikern, diesbezüglich zu einer Einschätzung zu kommen.

Hoffnung auf Besuch von Biden in Kiew

Selenski erklärte daraufhin, Macrons Äußerungen seien „sehr schmerzhaft“ für die Ukraine. In dem CNN-Interview äußerte der ukrainische Präsident auch die Hoffnung auf einen baldigen Besuch Bidens in Kiew. Die Entscheidung dafür liege „natürlich“ beim US-Präsidenten und hänge von den Sicherheitsbedingungen ab, sagte Selenski. „Aber er ist der Präsident der Vereinigten Staaten und deshalb sollte er herkommen und sich ein Bild machen.“

Aus Washington hieß es zuletzt, der Besuch eines Gesandten der US-Regierung in Kiew werde geprüft. Einen Besuch des 79-jährigen Präsidenten selbst schlossen Regierungsvertreter bislang jedoch aus.

Regierungschef Denys Schmyhal: Verteidiger von Mariupol werden „bis zum Ende kämpfen“

Die verbliebenen ukrainischen Kämpfer in Mariupol werden sich nach Angaben der Regierung in Kiew auch nach Ablauf eines russischen Ultimatums nicht ergeben. Die letzten Verteidiger der strategisch wichtigen Hafenstadt „werden bis zum Ende kämpfen“, sagte Regierungschef Denys Schmyhal am Sonntag dem US-Fernsehsender ABC. Russland hatte den ukrainischen Kämpfern eine Frist bis Sonntagmittag gestellt, um ihre Waffen niederzulegen und die Stadt zu verlassen. Mariupol sei „immer noch nicht gefallen“, betonte Schmyhal. „Unsere Streitkräfte, unsere Soldaten sind noch immer dort. Sie werden bis zum Ende kämpfen.“

Schmyhal betonte, dass seine Regierung eine diplomatische Lösung des Konflikts anstrebe, wenn dies „möglich“ sei. „Wenn die Russen keine Verhandlungen wollen, werden wir bis zum Ende kämpfen, absolut. Wir werden nicht kapitulieren“, fügte er hinzu. „Wir werden unser Land, unsere Familien, unseren Boden nicht verlassen.“ Selenski kündigt harte Gegenwehr im Osten an.

Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski hat angesichts des befürchteten russischen Großangriffs im Osten des Landes harte Gegenwehr angekündigt. „Wir werden unser Territorium nicht aufgeben“, sagte Selenski dem US-Nachrichtensender CNN laut englischer Übersetzung in einem am Sonntag ausgestrahlten Interview. Die Schlacht in der Region Donbass könne den Verlauf des gesamten Krieges beeinflussen. Die Ukraine müsse sich daher behaupten.

Selenski sagte, es sei wichtig, wenn möglich einen Dialog mit Russland zu finden. Nach den Gräueltaten gegen Zivilisten im Kiewer Vorort Butscha und anderen Orten sei das aber schwierig. „Unsere Gesellschaft will nicht, dass wir die Gespräche fortsetzen. Das ist eine große Tragödie.“ Zugleich forderte er vom Westen so schnell wie möglich weitere militärische Ausrüstung.

Fünf Tote und dreizehn Verletzte in Charkiw

Fünf Menschen sind bei der Bombardierung der Innenstadt von Charkiw getötet worden, meldet der ukrainische Sender Suspline unter Berufung auf örtliche Gesundheits-Behörden. 13 Menschen seien verwundet worden. „Rettungskräfte sind an den Einschlagsorten im Einsatz“, berichtet der Sender

### **.) Stellvertreterkrieg Europa-Russland :**

[https://www.nzz.ch/meinung/europa-befindet-sich-in-einem-riskanten-stellvertreterkrieg-mit-russland-ld.1677518?mktcid=nled&mktcval=124&kid=nma\\_2022-4-16&ga=1](https://www.nzz.ch/meinung/europa-befindet-sich-in-einem-riskanten-stellvertreterkrieg-mit-russland-ld.1677518?mktcid=nled&mktcval=124&kid=nma_2022-4-16&ga=1)

GASTKOMMENTAR

Europa befindet sich in einem riskanten Stellvertreterkrieg mit Russland. Die westliche Militärhilfe spielt eine wichtige Rolle im ukrainischen Widerstand gegen die russische Invasion. Sie birgt aber auch erhebliche Risiken. Denn bereits Waffenlieferungen stellen eine indirekte Kriegsbeteiligung dar.

Innerhalb wenigen Tagen hat Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Reihe von vermeintlich unantastbaren Konventionen in Europa obsolet werden lassen. Die EU verhängte nicht bloss präzedenzlose Sanktionspakete gegen Moskau, sondern beschloss auch, der Ukraine Militärhilfe in der Höhe von 500 Millionen Euro zu leisten. Zu den Ländern, welche militärische Güter wie schultergestützte Flugabwehrraketen, Panzerabwehrwaffen und Sturmgewehre in die Ukraine liefern, zählen neben Nato-Mitgliedern auch neutrale Staaten wie Finnland und Schweden. Und selbst Deutschland macht eine Ausnahme von seinem langjährigen Grundsatz, den Transfer von Waffen in Kriegsgebiete zu untersagen. Viele Geberstaaten haben inzwischen weitere Waffenlieferungen

angekündigt.

#### Alternative zur Direktkonfrontation

Nicht zuletzt dank dieser Militärhilfe ist es den ukrainischen Streitkräften gelungen, den russischen Vormarsch an mehreren Fronten ins Stocken zu bringen. Schreckliche Bilder toter Zivilisten nach dem russischen Rückzug im Norden werden Rufe nach noch robusterer Unterstützung bis hin zur Intervention weiter befeuern. Dabei gilt zu bedenken, dass bereits Waffenlieferungen eine indirekte Kriegsbeteiligung darstellen. Mit anderen Worten: Europa befindet sich mitten in einem Stellvertreterkrieg mit Russland. Von Stellvertreterkriegen («proxy wars») spricht man, wenn Drittparteien versuchen, den Verlauf oder Ausgang eines bewaffneten Konflikts gemäss ihren eigenen strategischen Zielen indirekt zu beeinflussen. Zu diesem Zweck unterstützen sie ausgewählte Konfliktparteien durch Ausbildung, Finanzierung oder die Bereitstellung von Kriegsmaterial. In manchen Fällen werden solche Massnahmen ergänzt durch den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse oder die Koordination und operative Planung durch eigene Spezialkräfte, die zudem Luft- oder Artillerieunterstützung anfordern können.

Entscheidend dabei ist, dass die Hauptlast der eigentlichen Kampfhandlungen und insbesondere des Bodenkriegs von den örtlichen Verbündeten getragen wird.

Während des Kalten Kriegs war die Führung von Stellvertreterkriegen eine beliebte Alternative zu direkten Konfrontationen, welche die Supermächte aufgrund des nuklearen Eskalationspotenzials scheuten. Sie ist aber auch aus gegenwärtigen Kriegsschauplätzen nicht wegzudenken, wie ein Blick auf Brennpunkte wie Syrien, Jemen oder Nagorni Karabach zeigt.

Auch die grundlegende Logik von Stellvertreterkriegen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nur unwesentlich verändert. Zentral bleibt die Annahme, dass es sich um eine kostengünstige Option handle im Vergleich zu konventionellen Militärinterventionen. Laut Befürwortern verringern sie die Gefahr einer Eskalation, da sich die Einflussnahme oftmals im Verdeckten vollzieht und öffentlich abgestritten werden kann. Zugleich wird dem Gegner so die Intention signalisiert, den Konflikt begrenzt halten zu wollen. Stellvertreterkriege erlauben unter gewissen Umständen auch, parlamentarische Hürden für Militärinterventionen zu umgehen, und verringern die Wahrscheinlichkeit, von einem kriegsmüden Elektorat an der Wahlurne abgestraft zu werden. Auch die Gefahr internationaler Sanktionen oder gar einer Strafverfolgung fällt für externe Drittparteien geringer aus als für direkte Kriegsbeteiligte.

#### Kosten und Risiken

Daneben gibt es aber auch Risiken und Gefahren von Stellvertreterkriegen zu bedenken. So kann sich die angestrebte Eskalationskontrolle schnell in ihr Gegenteil verkehren. Die amerikanische Beteiligung am Vietnamkrieg, welche ursprünglich als begrenzte Ausbildungsmission begann, ist ein Beispiel dafür. Externe Unterstützung verlängert auch oft die Kriegsdauer und erhöht sowohl die Todesrate als auch die

Wahrscheinlichkeit, dass ein Konflikt in der Zukunft von neuem entflammt. Zudem kann Aussicht auf externe Unterstützung eine Kriegspartei zu besonders riskantem Vorgehen verleiten; ein Phänomen, welches als «moral hazard» bezeichnet wird. All diese Aspekte gilt es auch bei der derzeitigen Unterstützung der Ukraine zu beachten, die sich bei weitem nicht auf die Lieferung von Militärgütern beschränkt. Bekannt ist etwa, dass die ukrainischen Streitkräfte von Nato-Aufklärungsdaten profitieren, welche ihnen ein Lagebild in sogenannter Nahe-Echtzeit ermöglichen. Berichte der «New York Times» legen zudem nahe, dass die Ukraine auch im Cyberraum zumindest begrenzte Hilfe erhält. Angesichts der «Foreign fighters»-Problematik während des letzten Jahrzehnts ist zudem die europäische Position zu Kriegsfreiwilligen bemerkenswert. Während viele Regierungen (nicht aber die Schweiz) Ausreisen in die Ukraine stillschweigend tolerieren, ermuntern einige ihre eigenen Bevölkerungen richtiggehend dazu. So erklärte etwa die britische Aussenministerin Liz Truss, sie unterstütze die Konfliktteilnahme von britischen Staatsbürgern ausdrücklich.

#### Europas Güterabwägung

Europa muss sich auf eine Reihe von Herausforderungen einstellen, welche bereits die Kriege der jüngsten Vergangenheit prägten. So bleibt ungeklärt, wie verhindert werden kann, dass Waffenlieferungen in die falschen Hände geraten, oder wer letztlich die Verantwortung trägt, falls europäische Bürger in der Ukraine Völkerrechtsverstösse begehen sollten.

Noch ist nicht abschätzbar, in welchem Ausmass Europa die Ukraine künftig weiter unterstützen soll. Es ist unklar, ob Militärhilfe im bisherigen Umfang ausreichen wird, damit die Ukrainer auch längerfristig Widerstand leisten können. Von besonderer Brisanz ist zudem die Frage nach Europas Bereitschaft, inwieweit Aufständische unterstützt würden, sollte die ukrainische Regierung irgendwann doch fallen.

Eine Ausweitung der Militärhilfe dürfte zwar die ukrainische Position sowohl auf dem Gefechtsfeld wie auch am Verhandlungstisch stärken, dies erhöht aber das Risiko russischer Vergeltungsmassnahmen. Neben direkten Militärschlägen könnte Moskau auch Sabotageaktionen durch verdeckte Akteure in Betracht ziehen. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass sich Russland zu einem späteren Zeitpunkt für die westliche «Einmischung» rächen wird, sei es durch Destabilisierungsversuche in Südosteuropa oder durch die gezielte Unterstützung bewaffneter Gruppierungen in europäischen Interessenräumen in Afrika oder dem Nahen Osten.

Nicht nur die russische Invasion, sondern auch die westliche Militärhilfe für die Ukraine markieren eine Zeitenwende für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Europa darf sich keinerlei Illusionen darüber machen, dass es sich in einer potenziell langwierigen Stellvertreterkonfrontation mit Russland befindet. Die gründliche Abwägung der Kosten, des Nutzens und der Risiken einer ebensolchen tut not – oberste Priorität muss dabei die Verhinderung eines

grösseren Flächenbrands haben.

Michel Wyss forscht an der Dozentur Strategische Studien der Militärakademie an der ETH Zürich. Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Artikels, der im März bei Lawfare, einem amerikanischen Blog zu Fragen der nationalen Sicherheit, erschienen ist.

### **.) Am Ostermontag letzter Tag der Ostermärsche** (in Büchel, NRW und anderswo)

Mit Ostermärschen in Büchel (Rheinland-Pfalz, Atomwaffenstandort) und in anderen Städten / Bundesländern enden (Ostermontag, 18.4.22) die diesjährigen Ostermärsche der bundesweiten Friedensbewegung.

Ausführliche Informationen:

Büchel: <https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/.../osterma.../>

Rhein / Ruhr: <http://s9y.ostermarsch-ruhr.de/>

Bundesweit: <https://www.friedenskooperative.de/>

### **.) Gorbatschow über Putin und die Deutschen:**

<https://www.youtube.com/watch?v=IipaGt9WmcE> - Michail Gorbatschow gilt als Totengräber der Sowjetunion. Im Westen wird er dafür gefeiert.

### **.) 2.500 Menschen bei Ostermarsch in Frankfurt am Main :**

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/stoppt-den-krieg-in-der-ukraine-2500-menschen-bei-ostermarsch-in-frankfurt,ostermarsch-2022-bilanz-100.html> - Mit

einem Sternmarsch zum Frankfurter Römerberg sind die Ostermärsche in Hessen zu Ende gegangen. An der Demonstration in Frankfurt beteiligten sich rund 2.500 Menschen. Sie protestierten gegen Krieg und Rüstung. Die Veranstaltung verlief bei sonnigem Wetter.

### **.) Ostermarsch in Hamburg für Frieden und gegen Aufrüstung :**

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Ostermarsch-in-Hamburg-fordert-Frieden-ohne-Aufruestung,ostermarsch430.html> -

Rund 2.100 Menschen sind am Ostermontag in Hamburg beim traditionellen Ostermarsch auf die Straße gegangen. Sie zogen vom Spielbudenplatz an der Reeperbahn zum Fischmarkt.

Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in der Ukraine. Die Teilnehmenden hatten Flaggen, Plakate und Banner dabei, die im Kern die gleiche Botschaft zeigten: "Frieden schaffen ohne Waffen".

Kritik an Veranstaltern

Die Organisatoren waren im Vorfeld der Friedens-Demonstration in die Kritik geraten, weil sie sich unter anderem klar gegen Waffenlieferungen in die Ukraine

ausgesprochen hatten. In einem Demo-Aufruf hatte das Hamburger Forum als Veranstalter erklärt, dass Russland durch die NATO-Osterweiterung, die Aufrüstung und mediale Hetze bedroht sei. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte in einem eigenen Aufruf dagegen Russland für den Krieg verantwortlich gemacht und die Souveränität der Ukraine betont. Der Angriffskrieg Russlands sei "durch nichts zu rechtfertigen", hieß es.

Zum Auftakt des Ostermarschs gab es eine Andacht mit Posaunenchor auf der Reeperbahn. Die Hamburger Friedensaktivistin Antje Holst forderte den Rückzug der russischen Truppen und ein Ende der NATO-Expansion. Frieden könne nur auf gewaltfreiem Weg durch Beseitigung der Kriegsursachen erreicht werden. Es brauche "kreative Kraft", um den Menschen in der Ukraine und den Flüchtlingen zu helfen.

AUDIO: Ostermarsch in Hamburg (1 Min)

"Abrüsten statt aufrüsten"

Holger Griebner vom Hamburger Forum nannte im Gespräch mit NDR 90,3 die für ihn wichtigsten Punkte: "Abrüsten statt aufrüsten, russische Truppen raus aus der Ukraine, kein Kauf neuer Trägersysteme für Atomwaffen und keine Waffenexporte in Kriegsgebiete - insbesondere nicht über den Hamburger Hafen."

Ostermärsche in zahlreichen Städten

Nach Angaben des Netzwerks Friedenskooperative gab es am Osterwochenende in mehr als 120 deutschen Städten Aktionen für Frieden und Abrüstung.

**.) Soli-Konzert in Hamburg: Mit Musik gegen Putler** : <https://taz.de/Soli-Konzert-in-Hamburg/!5849411/> - „Eine Stunde Trost: Die ukrainische Band Dakh Daughters spielt in Hamburg. Dafür reisen geflüchtete Landsleute auch von weit her an.

„Stop russian aggression in Ukraine“ steht groß auf den Bühnenhintergrund projiziert, daneben zwei stilisierte Hände mit „Stop War“ darin. Auf der Bühne warten all die Instrumente auf ihren Einsatz, ohne die kaum eine Beschreibung der Dakh Daughters auskommt: zwei Kontrabässe, Trommeln, Keyboard, ein Akkordeon, etliches mehr. Auch ein Pult steht da: Mit einem „Grußwort“ ist Iryna Tybinka angekündigt, Generalkonsulin der Ukraine in Hamburg. Herrschte in der Ukraine nicht Krieg, gäbe es dieses weit und breit einzige Konzert der Band aus der Kyiver Theaterlandschaft vermutlich gar nicht. Zu fünft stehen die ansonsten siebenköpfigen Daughters an diesem Abend da, beim anschließenden Publikumsgespräch wird sich auch ihr Quasi-Regisseur Vlad Troitsky zeigen. Es soll einiges, dieses Konzert: Aufmerksamkeit generieren, klar, aber auch Spenden sammeln – das Thalia Theater hatte sich früh nach dem russischen Angriff dazu bekannt, [bis zum Spielzeitende 100.000 Euro](#) zusammenbekommen zu wollen. Aber die vielleicht wichtigste Aufgabe des Abends zeigt sich an einem anderen

Zahlenverhältnis: Ukrainer\*innen bekamen Gratistickets, und sie sind im nicht ganz bis auf den letzten Platz gefüllten Haus deutlich in der Mehrheit; hauptsächlich Frauen, auch Kinder.

Da ist es beinahe befremdlich, dass die Generalkonsulin Deutsch spricht – andererseits braucht sie teils erst vor Tagen in Deutschland angekommenen Landsleuten ja nicht zu erklären, wovor sie geflohen sind und wo sie ihre Männer zurückgelassen haben.

Als die Musikerinnen auf die Bühne kommen, flimmern hinter ihnen übergroß Nachrichtenbilder an der Wand, manche sind bekannt, andere lassen sich nicht ohne Weiteres verorten. Düster beginnt das eigentliche Konzert, mit einer Schweigeminute, eine Stimme warnt, dass nun Schlimmes folge. Dieses Mittel, dieser durch abgestimmte Bilder verstärkte inhaltliche Anspruch zieht sich durch den Abend.

Band ist schon lange politisch aktiv

Dakh Daughters haben sich stets als politisch verstanden, waren [Begleiterinnen und Beteiligte der Maidan-Proteste](#). Noch 2014 traten sie aber auch in Russland auf, sagten Dinge wie: „[Es ist kein Krieg in unseren Herzen.](#)“ Hat sich das geändert seit dem vergangenen Februar? Ja, vermutlich. Von einer „art front“ wird Troitsky später sprechen, einem spezifischen Beitrag von Künstler\*innen zu den Kriegsanstrengungen. Das Programm, das die Band nun aufführt, entstand in wenigen Tagen nach Kriegsbeginn, den Dakh Daughters von Paris aus miterlebten. Aber eine reine Propagandashow ist dieses Konzert auch wieder nicht. Irgendwann verkünden etwa die Obertitel den Glauben, dass Jesus Christus aufseiten der Ukraine kämpfe. Das ist politisches Statement, aber eben nicht nur. Rollenwechsel und Sprechen-Als-ob, die beinahe schon Markenzeichen gewordenen weiß geschminkten Gesichter und die Outfits zwischen Steampunk-Schulball und postapokalyptischer Winterreise: Theater und seine Mittel sind hier mindestens so sehr im Spiel wie ein westliches Verständnis von Pop mit seiner ganzen Nichtauthentizität.

Die Musik ist mal getragen, flächig, klagend, dann kämpferisch – dass sich unpeinlich mitklatschen lässt: Auch das lässt sich an diesem Abend lernen. Einen, vielleicht den Höhepunkt bildet auch bei diesem Hamburger Konzertabend der maidanerprobte Gänsehautstifter „Hannusia“, bei dem sich Fäuste in die Luft recken und ein paar der sonst so disziplinierten Anwesenden aufspringen.

Dankbarkeit drücken nachher mehrere Besucherinnen aus, dafür, dass die Band ihnen für eine kurze Zeit die Herzen erleichtert und die Leere gefüllt habe. Eine ist mit ihren Kindern 70 Kilometer gefahren um dabei zu sein, andere kamen sogar aus dem polnischen Wrocław.

Ob sie denn auch schon ein Lied zum Sieg hätten, der ja nur eine Frage der Zeit sei,



werden Dakh Daughters gefragt. Ja, man arbeite schon an einem groß angelegten Projekt eines zweiten „Nürnberger Prozesses“ – für „Putler“, so die Antwort.

### **.) Der Krieg wird Erdoğan's Niedergang nicht verhindern :**

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/knk-der-krieg-wird-erdogans-niedergang-nicht-verhindern-31732>

- Parallel zu den Versuchen, innen- wie außenpolitisch Kapital aus der Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt zu schlagen, hat die Türkei eine neue Invasion in Südkurdistan gestartet. Der KNK fordert den Westen auf, gegen die türkische Aggression vorzugehen. „Während der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan versucht, die Rolle des Vermittlers im Ukraine-Krieg zu spielen und sich als Friedensstifter darzustellen, hat er nun eine erneute, groß angelegte Militäroffensive gegen Südkurdistan (Nordirak) gestartet. Eine weitere unprovokierte Kampagne der türkischen Streitkräfte, um in die Region einzudringen, sie zu entvölkern und weitere Gebiete zu besetzen“, erklärt der Nationalkongress Kurdistans (KNK) zur neuerlichen Invasion auf dem Territorium der Kurdistan-Region Irak. Einmal mehr zeige sich damit das wahre Gesicht Erdoğan's; das eines „Aggressors und Besatzers“.

Die Türkei hat in der Nacht zu Montag eine neue Boden- und Luftoffensive in Zap, Metîna und Avaşîn gestartet. Dabei werden Kampffjets, Hubschrauber und bewaffnete Drohnen eingesetzt. Der Angriff konzentriert sich aktuell auf den Zap. Von dort will die türkische Armee ihren Krieg weiter ausdehnen. Ankara begründet den Angriff mit dem „Recht auf Selbstverteidigung“. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags dagegen hatte in der Vergangenheit bei ähnlichen Einsätzen bezweifelt, dass diese mit dem Völkerrecht vereinbar sind.

„Die Politik der Verleugnung und des Krieges gegen das kurdische Volk ist ein zentrales Prinzip des türkischen Staates und der Führung Erdoğan's. Seine durchsichtigen Bemühungen, im russischen Krieg gegen die Ukraine als Vermittler zwischen beiden Ländern aufzutreten dienen nur dazu, von seiner zerstörerischen Rolle abzulenken, die er weiterhin in der Türkei, in Kurdistan und in der gesamten Region spielt“, so der KNK. Der Einsatz von schweren Waffen und Bodentruppen stelle eine ernste Bedrohung für die gesamte Region dar. Nur die innerkurdische Einheit in allen Teilen Kurdistans und in der Diaspora könne eine Antwort auf diese Aggression sein. „Bei den jüngsten Newroz-Feierlichkeiten am 21. März wurde die nationale Einheit der Kurdinnen und Kurden proklamiert, und mehr als zehn Millionen Menschen in Nordkurdistan und in der Türkei haben Erdoğan deutlich zu verstehen gegeben, dass sie sich seiner Brutalität und Vernichtungspolitik nicht beugen werden. Millionen von Kurdinnen und Kurden haben der Türkei damit einen Weg zum Frieden aufgezeigt. Sie haben gegenüber den Völkern der Türkei und der Welt zum Ausdruck gebracht, dass es die Freiheit des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan ist, die den Weg zum Frieden in der Türkei und darüber hinaus ebnet.“

Auftritte mit Politikern aus Südkurdistan würden Erdoğan nicht dabei helfen, seine „Feindseligkeit gegenüber dem kurdischen Volk zu verbergen“, hebt der KNK in Anspielung auf Treffen mit Mitgliedern des in Hewlêr (Erbil) dominierenden Barzanî-Clans hervor. Schließlich sei die Erfolgsbilanz der Aggression gegen die kurdische Gesellschaft in verschiedenen Teilen Kurdistans wohlbekannt. Die jüngsten Newroz-Feierlichkeiten hätten die Realität des kurdischen Nationalbewusstseins und des Strebens nach Freiheit aufgezeigt. „Seit Newroz hat die Folterung und Ermordung kurdischer politischer Gefangener zugenommen, ebenso haben die Angriffe auf Büros der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und Festnahmen von Personen, die an den Newroz-Feiern teilgenommen haben, zugenommen. In Rojava sowie in Nord- und Ostsyrien fliegt die türkische Armee intensive Luftangriffe gegen die kurdische Bevölkerung.“

Hintergrund dieser antikurdischen Aggression seien laut dem KNK die zahlreichen innenpolitischen Krisen, mit denen Erdoğan konfrontiert ist, darunter die katastrophale Wirtschaftslage. Der Niedergang und der nahende Sturz des Präsidenten solle durch eine Eskalation des Krieges gegen die Kurd:innen und der damit einhergehenden Unterstützung des nationalistischen Lagers verhindert werden. „Gleichzeitig arbeitet Erdoğan daran, die Position der Türkei auf der internationalen diplomatischen Bühne zu stärken, indem er versucht, die Rolle des Vermittlers in der Ukraine-Krise zu spielen und eine einzigartige geostrategische Position zwischen der NATO und Russland zu beanspruchen. Wenn die Welt weiterhin die Augen vor Erdoğan's Aggression verschließt, werden wir in ganz Kurdistan und im Nahen Osten noch mehr Blutvergießen, Vertreibung und Instabilität erleben“, hebt der KNK hervor. In einem abschließenden Appell heißt es: „Wir müssen das Schweigen über die türkische Invasion in Südkurdistan brechen und aktiv werden! Wir rufen alle Regierungen und internationalen Organisationen, einschließlich die UN, die NATO, die EU, den Europarat und die Arabische Liga auf, dringend gegen diese Verletzung des Völkerrechts vorzugehen, dieses Verbrechen der Aggression unmissverständlich zu verurteilen und den Rückzug der türkischen Truppen aus Südkurdistan zu fordern. Wir rufen politische Parteien, Menschenrechtsorganisationen, Friedensbewegungen, Gewerkschaften und aktivistische Menschen auf, sich der türkischen Aggression und Besatzung zu widersetzen.“

**.) Waffenlieferungen in die Ukraine:Grüne in Erklärungsnot,**„In Rekordtempo legen die Grünen eine Kehrtwende hin. Sie sollten zu ihren früheren Falscheinschätzungen stehen: <https://taz.de/Waffenlieferungen-in-die-Ukraine!/5846282/> - Es ist nicht einmal acht Wochen her, da erklärte Außenministerin **Annalena Baerbock** im Brustton der Überzeugung, dass Deutschland aus „historischer Verantwortung“ keine Waffen an die Ukraine liefern könne. Nichts, was schießt, solle in Krisen- und Kriegsgebiete

geliefert werden, „weil Diplomatie der einzig gangbare Weg ist“. Punkt. Inzwischen fordert Baerbock schwere Waffen für die Ukraine.

Der grüne Ober Linke **Toni Hofreiter** rattert derzeit Vor- und Nachteile von verschiedenen Waffentypen auf, als sei er Repräsentant eines Rüstungsunternehmens. Und nebenbei behauptet er einfach so, nicht seine Prinzipien oder Gesinnung, sondern „die Realität“ habe sich geändert. Das ist verwunderlich, denn natürlich hat es auch vor dem Angriff auf die Ukraine Kriege gegeben, deren Realität unerträglich war – **in Syrien** etwa oder als der IS einen **Genozid an den Jesid\*innen** verübte.

Natürlich haben die Grünen eine Kehrtwende vollzogen, und zwar in atemberaubender Geschwindigkeit. Im grünen Wahlprogramm und auch im Koalitionsvertrag steht das Gegenteil vom derzeitigen Regierungshandeln. Nur scheint kein Grüner aus der ersten Reihe den Mut zu haben zuzugeben, dass die eigenen Positionen falsch waren. Und vor allem: Überhaupt mal öffentlich zu erklären, wie es zu der Kehrtwende von „nichts, was schießt“, zu „alles, was schießt“, gekommen ist, wie man sie begründet. Was bedeutet jetzt historische Verantwortung für die grüne Spitze?

Wie soll künftig das außen- und sicherheitspolitische Konzept aussehen? Mehr Schutzverantwortung und weniger Raushalten? Eine radikale Abkehr von den **Ostermarsch-Teilen** der Wählerschaft? Die Einsicht, dass man einen Völkermord nicht mit einer Friedenstaube auf der Schulter verhindern kann, ist ja nicht falsch.

#### **.) 18.04.2022 Bilderserie, Ostermarsch in Hamburg :**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220418/album/index.html> -

von Foto-Archiv-Kollektiv im Archiv der Sozialen Bewegungen

c/o Rote Flora · Achidi-John-Platz 1 (Schulterblatt 71) · 20357 Hamburg

asb.nadir.org · Tel. 040 433007 · mail: [fak@nadir.org](mailto:fak@nadir.org)

Öffnungszeiten: Montags 15:00 - 20:00 Uhr

#### **.) Kriegsdebatten bei Ostermärschen, Unterschiedliche Positionen zum russischen Angriff auf die Ukraine sorgen für kontroverse Diskussionen :**

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163070.ostermaersche-kriegsdebatten-bei-ostermaerschen.html> -

So viele Sympathiebekunden für die Ukraine wie in Jena, gab es nicht in jeder Stadt bei den Ostermärschen.

Die Königstraße ist die Einkaufsstraße in der Duisburger Innenstadt.

Samstagvormittag ist hier Markt. Ein Stand reiht sich an den anderen. Dazwischen

Wahlkampfstände von FDP, Grünen, SPD und der Linken. Fast am Ende der

Königstraße ist die Auftaktkundgebung zum Duisburger **Ostermarsch**. Etwa 200

Menschen haben sich um eine Bühne versammelt. Davor ein Transparent »Ukraine-Krieg beenden! Eskalationsspirale durchbrechen – Atom- und Hochrüstung stoppen!

Klima schützen!« Vor der Bühne sind ein paar Stuhlreihen aufgebaut. Die Organisator\*innen des Ostermarsches haben offenbar an die oftmals betagten Teilnehmer\*innen der Demonstration gedacht. Es sind aber eher die mittelalten Demonstrant\*innen, die es sich auf den Plastikstühlen in der Sonne gemütlich machen. Die älteren Ostermarschierer\*innen stehen und tragen ihre Fahnen und Schilder. Die Symbole mehrerer [Gewerkschaften](#) sind zu sehen; MLPD, DKP und Linke fehlen nicht. Auf den Schildern Botschaften wie »Kriege zerstören Kinderseelen« oder »Keine Nato in die Ukraine – Abzug der russischen Truppen!«

Auf anderen Plakaten wird gefordert, keine Waffen in Konfliktgebiete zu liefern oder den Etat der Bundeswehr nicht zu erhöhen. In den Reden geht es dann auch viel um die Ausstattung der Bundeswehr. Die atomare Teilhabe der Bundeswehr wird abgelehnt, eine Gefahr durch atomare Aufrüstung ausgeführt. Wenig Applaus bekommt in Duisburg eine Rednerin des DGB, die an die Annexion der Krim erinnert und dazu auffordert, der Ukraine zu helfen. Nicht mit Waffen, da sind sich viele Teilnehmer\*innen einig. Viel Applaus erhält Christa Bröcher von der VVN/BdA. Sie spricht über das Massaker von Butscha, die Bilder aus der Stadt bei Kiew nennt sie »verstörend« und »schlimm«, aber sie äußert auch Zweifel. Daten und Abläufe aus Butscha seien widersprüchlich und es gebe keine überprüfbaren Nachrichten. Bröcher sagt, Butscha erinnere sie an das Massaker von Račak im Januar 1999, über das viele Falschmeldungen verbreitet wurden und das zum Eintritt Deutschlands in den Jugoslawien-Krieg beitrug. Bröcher hält Račak für eine »Blaupause« für die Meldungen aus Butscha.

200 Kilometer östlich von Duisburg, in Kassel, äußert der Schauspieler Rolf Becker noch deutlicher seine Zweifel an den Ereignissen von Butscha. Sein Redebeitrag ist auf der Internetseite des Netzwerks Friedenskooperative dokumentiert. Becker findet es seltsam, dass die russische Armee drei Wochen »ruhig« in Butscha gelebt habe und sich »am letzten Tag entscheidet«, die Menschen zu erschießen. Die Leichen seien »plötzlich« am 3. April aufgetaucht. Viele trugen weiße Armbinden, die von der russischen Armee empfohlen wurden, um zu zeigen, dass man neutral sei. Für Becker ist das seltsam. Er betont, er wisse zwar nicht, was passiert sei, »aber sehr wahrscheinlich wurden diese Menschen nicht von russischen Soldaten getötet«. Beckers Erklärung für den Krieg: Die Ukraine spiele eine Stellvertreterrolle für die USA, und denen passe ein Krieg in Europa gut ins Konzept. Der alte Feind Russland sei beschäftigt, und ein Krieg in Europa schalte mit der EU den ökonomisch größten Konkurrenten Amerikas nach China aus. Dies sei »eine Möglichkeit, die wir in unsere Überlegungen einbeziehen sollten«. In Kassel sorgten Beckers Rede und die allgemeine Außenwirkung der Ostermärsche für »Bestürzung« bei der Ukraine Initiative Kassel. Bei den Märschen werde »die Realität verdreht«, etwa wenn direkt oder indirekt die Nato oder die Ukraine für den Krieg verantwortlich gemacht würden. Bei den Demonstrationen würden »die Freiheitsliebe und der

Überlebenswille des ukrainischen Volkes« zum »Friedenshindernis umgedeutet«. Der »faschistische Charakter« russischer Verbrechen werde geleugnet. Den Ostermarschierer\*innen wirft die Initiative vor, nicht verstanden zu haben, dass es »Frieden nur zusammen mit Freiheit und Demokratie« gebe. Bitterböse fordert die Gruppe die Ostermärsche zur Umbenennung auf. Sie sollten sich »Russlandmärsche« oder »Märsche in die Unfreiheit« nennen.

Nicht so scharf wie in Kassel formuliert, aber trotzdem deutlich war die [Kritik](#) an den traditionellen Ostermärschen auch in anderen Städten. In Berlin gab es an diesem Samstag sogar einen alternativen Ostermarsch, der von Gruppen aus der Ukraine, der aus der syrischen Zivilgesellschaft stammenden Gruppe »Adopt a Revolution« (Adoptiere eine Revolution) und von der Initiative »Leave no one behind« (Niemanden zurücklassen) organisiert wurde. Die Gruppen kritisierten, dass im Aufruf zum traditionellen Ostermarsch nicht auf die russische Aggression eingegangen wurde. Sie forderten konsequente Sanktionen gegen Russland und die Anerkennung des ukrainischen Selbstverteidigungsrechts. Am Alternativen Ostermarsch nahmen nach Veranstalterangaben 1000 Menschen teil. Beim traditionellen Ostermarsch waren 1500 Menschen auf der Straße. Die Hauptforderung dort: ein schnelles Ende des Krieges durch [Verhandlungen](#).

Dass es auch bei den traditionellen Ostermärschen möglich ist, deutliche Kritik an Russland zu formulieren, wurde im westfälischen Gronau deutlich. Dort gehen Friedensbewegte jedes Jahr am Karfreitag gegen die Urananreicherungsanlage der Firma Urenco auf die Straße. In diesem Jahr waren es 200 Menschen. Einer der Hauptredner war Vladimir Slivyak von der russischen Umweltorganisation »Ökoverteidigung!«. Für Slivyak ist klar, womit Wladimir Putin den Krieg finanziert: »Der russische Präsident Putin hat genug Geld, um in den Krieg zu ziehen. Das Geld stammt aus dem Verkauf fossiler und nuklearer Brennstoffe an die EU.« Dieser Handel gehe auch jetzt während des Krieges weiter. Von dem Geld, das Russland mit Brennstoffen verdient, würden »Kanonen, Munition und Raketen« gebaut. Für Slivyak ist außerdem klar, dass die russische Atombehörde Rosatom in Angriffe auf Atomkraftwerke in der Ukraine involviert sei. Vladimir Slivyak forderte die Europäische Union zu einem Embargo für Atomtechnologie und Atombrennstoff auf. Das Netzwerk Friedenskooperative, das die bundesweiten Ostermarsch-Aktivitäten koordiniert, zog am Montagnachmittag eine positive Bilanz. Der Krieg in der Ukraine habe viele Menschen auf die Straße getrieben, die »nicht ohnmächtig die Nachrichten verfolgen möchten«, sondern sich für »diplomatische Lösungen und gegen Aufrüstung engagieren wollen«, so Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative. Die Teilnehmerzahl sei insgesamt »moderat« gestiegen. In einigen Städten gab es erstmals Ostermärsche.

**.) Keile gegen Ostermärsche** <https://www.jungewelt.de/artikel/424780.militarismus-in-der-brd->

[keile-gegen-osterm%C3%A4rsche.html](http://keile-gegen-osterm%C3%A4rsche.html) - Realpolitikern« ein Dorn im Auge:

Friedensdemonstration gegen Wettrüsten und Kriegstreiberei am Montag in Berlin - Pazifismus sei momentan »ein ferner Traum«, belehrte Wirtschaftsminister Robert Habeck die Ostermarschierer und bewies damit vor allem erneut, wie weit sich Bündnis 90/Die Grünen von friedenspolitischen Positionen entfernt haben.

Gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonnabend) konstatierte er, dass die Ukraine zu unterstützen sei – »auch mit Waffen«. Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff ließ sich sogar zu einem Rückgriff in die Zeit des Kalten Kriegs hinreißen. Mit Blick auf die Ostermarschbewegung erklärte er im *WDR*: »Die Leute, die solche Märsche organisieren, sind eigentlich keine Pazifisten, sondern die fünfte Kolonne Putins.«

Willi van Ooyen, Sprecher des Ostermarschbüros in Frankfurt am Main, konterte den Anwurf mit Sarkasmus. »Herr Lambsdorff steht offenbar in einer Familientradition, die noch glaubt, sich für Stalingrad rächen zu müssen«, sagte er am Montag gegenüber junge Welt. Der Aktivist wies darauf hin, dass die Teilnehmer der diesjährigen Ostermärsche einhellig den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt hätten. »Aber genauso wurden die aggressiven innenpolitischen Debatten zurückgewiesen mit ihren ständigen Rufen nach Waffenlieferungen für die Ukraine, die den Konflikt nur anheizen«, so van Ooyen.

»Wir sind sehr zufrieden«, zog er eine vorläufige Bilanz der traditionsreichen Proteste. Bis zum Ostersonntag waren bereits Zehntausende Menschen an bundesweit mehr als 130 Orten – etwa in Hannover, München, Duisburg, Stuttgart, Leipzig und Berlin – gegen Krieg und Aufrüstung auf die Straße gegangen. Die Friedensbewegung sehe sich »deutlich gestärkt«, so van Ooyen. Bei den Aktionen sei etwa die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Stopp aller Waffenexporte gefordert worden. Auch der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und der Stopp der sogenannten nuklearen Teilhabe durch die Bundeswehr bleiben demnach zentrale Forderungen der Friedensbewegung.

Nördlich von Celle organisierte die »Friedensaktion Südheide« am Sonnabend eine Aktion, die sich gegen einen der großen Profiteure der angekündigten Aufrüstung der Bundeswehr richtete. Der Rüstungskonzern Rheinmetall betreibt dort nahe dem Dorf Unterlüß das mit 50 Quadratkilometer Fläche größte private Erprobungsgebiet in Europa. Einem Friedensgottesdienst folgte ein Friedensmarsch durch den Ort und eine Abschlusskundgebung vor dem Werkstor von Rheinmetall. Insgesamt nahmen rund 100 Aktivisten teil.

Dass die Grünen die Friedensbewegung inzwischen als Gegner sehen, ist keine Überraschung. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges scheint aber auch die Unterstützung in Teilen der Partei Die Linke zu bröckeln. Das legen zumindest Äußerungen aus dem Bremer Landesverband nahe. Nachdem der Linke-

Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann auf dem unter anderem vom »Bremer Friedensforum« organisierten Ostermarsch mit rund 1.200 Teilnehmenden gesprochen hatte, stand seine Rede auf der Homepage der Bremer Linkspartei – dann wurde der Text aber entfernt. Zwei E-Mails, in denen Kolandessprecher Christoph Spehr den Schritt begründet, liegen jW vor. Eine Veröffentlichung der Rede auf der Homepage habe »keinen Informations- und Servicecharakter, sondern ist ein Statement«, schreibt er. Es gebe zum Ukraine-Krieg »sehr unterschiedliche Haltungen in der Partei« und ihrer Anhängerschaft, darum müsse vermieden werden, »hier derart polarisierend aufzutreten«.

Spehr äußerte deutliche Kritik an Pellmann. »Was Sörens Rede aber für die Homepage disqualifiziert, ist, dass er gezielt ›anheizt‹ und diejenigen, die anderer Meinung sind, schlicht ausgrenzt, indem er ihnen jeden Friedenswillen abspricht und Militarismus unterstellt«, schreibt er. Pellmanns Hinweis auf die kriegsverlängernde Wirkung von Waffenlieferungen weist der Landessprecher brüsk zurück. Auf einer Linie mit Spehr ist Nelson Janßen, Kofraktionschef der Linken in der Bremischen Bürgerschaft. Bei Twitter forderte er am Sonntag Waffenlieferungen an die Ukraine. Dass diese »überhaupt so lange durchgehalten hat«, sei unter anderem internationalen Waffenlieferungen zu verdanken.

**.) „Schlacht um Donbass“ hat begonnen**, Russland hat seine Streitkräfte im Osten aufgestockt. Jetzt sollen russische Truppen versuchen, die ukrainische Frontlinie zu durchbrechen : <https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-/!5849491/> -

Im Osten der Ukraine hat nach den Worten des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski am Montag der erwartete russische Angriff begonnen. „Wir können jetzt sagen, dass die russischen Streitkräfte die Schlacht von Donbass begonnen haben, auf die sie sich lange vorbereitet haben“, sagte Selenski am Montagabend in einer Videoansprache. Schon in den Stunden zuvor hatte sich das Kommando der Streitkräfte ähnlich geäußert und auf zunehmenden Beschuss verwiesen. Stabschef Andrij Yermak sprach von einer „zweiten Phase des Krieges“, die jetzt begonnen habe. Auch die Kämpfe um die Hafenstadt Mariupol gingen weiter.

Der Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrates, Alexej Danilow, sagte im Fernsehen, die russischen Streitkräfte hätten ab Montagmorgen fast entlang der gesamten Frontlinie in den östlichen Regionen Donezk, Luhansk und Charkiw versucht, die ukrainischen Verteidigungslinien zu durchbrechen.

Russland hat in den vergangenen Tagen seine Streitkräfte im Osten der Ukraine mit Truppen aufgestockt, die es aus dem Norden der Ukraine und dem benachbarten Weißrussland abgezogen hat.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte erklärte, Russland konzentriere sich darauf, die Kontrolle über die Regionen Donezk und Luhansk zu übernehmen, die den als Donbass bekannten Landstrich bilden. „Die zweite Phase des Krieges hat

begonnen. (...) „Glaubt an unsere Armee, sie ist sehr stark“, schrieb Stabschef Yermak auf Telegram.

Westliche Beobachter hatten zuletzt, es sei wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis Russland eine neue Offensive im Osten der Ukraine starte. Russland war am 24. Februar in die Ukraine einmarschiert und hatte mehrere Städte unter Beschuss genommen, darunter auch die weiter westlich gelegene Hauptstadt Kiew. Anfang April waren die Kämpfe bei Kiew dann aber abgeebbt und die russischen Truppen formierten sich neu. Die Konzentration auf den Osten der Ukraine haben nach Einschätzung von Militär-Analysten die Voraussetzungen für einen langwierigen Kampf geschaffen, der beiden Seiten schwere Verluste zufügen könnte.

Am Ostermontag hatte Russland seine Luftangriffe auf größere Städte nach Angaben der ukrainischen Behörden intensiviert. So wurden Raketeneinschläge in Lwiw gemeldet, bei denen sieben Menschen starben. Es seien die ersten zivilen Opfer in der Stadt im Westen des Landes gewesen, sagte Bürgermeister Andrij Sadowyj. Elf Personen seien verletzt worden. In Kiew berichtete ein Reuters-Reporter über mehrere Detonationen.

Die Lage in der eingekesselten und weitgehend zerstörten Hafenstadt Mariupol bezeichnete die Ukraine als extrem schwierig. Die Stadt sei aber noch nicht vollständig in russischer Hand. Auf dem Gelände des Stahlwerks Asowstal halten sich den Angaben zufolge noch ukrainischen Soldaten verschanzt. Es sollen auch viele Zivilisten auf das Gelände geflohen sein. Die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk rief Russland daher auf, dort schnell Fluchtkorridore zuzulassen. Eine Einnahme Mariupols wäre für Russland die erste größere Eroberung seit Beginn des Krieges. Die Stadt am Asowschen Meer gilt als strategisch wichtig. Sie liegt zwischen den pro-russischen, selbst ernannten Volksrepubliken von Luhansk und Donezk und der von Russland 2014 annektierten Halbinsel Krim.

Zahlreiche Staaten sprechen von einem Angriffskrieg Russlands und Verbrechen gegen ukrainische Zivilisten. Die Regierung in Moskau bezeichnet ihr Vorgehen indes als Sondereinsatz zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung und weist Vorwürfe zurück, Zivilisten anzugreifen. Über vier Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflohen. Laut den Vereinten Nationen kamen seit Beginn des Krieges über 2000 Zivilisten ums Leben. Über die Zahl der auf beiden Seiten getöteten Soldaten gibt es keine verlässlichen Angaben.

### **SPD trifft sich mit Melnyk**

Nach erneut scharfer Kritik des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk an der Russland-Politik der Sozialdemokraten hat sich die SPD-Spitze mit dem Diplomaten getroffen. „Gerade in Zeiten, in denen uns die Herzen schwer sind und die Debatten manchmal hitzig, ist es umso wertvoller, das offene und vertrauensvolle Gespräch zu pflegen“, twitterte die [SPD-Vorsitzende Saskia Esken](#) am Dienstagmorgen. Dazu stellte



sie ein Bild, dass sie und Co-Parteichef Lars Klingbeil an der Seite von Melnyk zeigt, und bedankte sich für das Gespräch.

Der Botschafter hatte in den vergangenen Wochen immer wieder mit scharfen Worten den früheren Russland-Kurs der SPD verurteilt und mehr deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert. Am Wochenende kam es zu einem harten Schlagabtausch, als der ehemalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) in einem Gastbeitrag für den Spiegel „gezielten Angriffe“ auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kritisierte und Melnyk „Verschwörungstheorien“ vorwarf. Melnyks Behauptung, Steinmeier habe in seiner aktiven Zeit als Politiker „seit Jahrzehnten ein Spinnennetz der Kontakte mit Russland geknüpft“, die bis in die heutige Regierung hineinwirkten, unterstelle, dass der frühere Kanzleramts- und Außenminister die Interessenvertretung Russlands in Deutschland mitorganisiert habe. „Das ist wahrheitswidrig und böse“, schrieb Gabriel.

[Melnyk reagierte bei Twitter](#) auf Gabriels Beitrag mit den Worten: „Böse ist vor allem Ihre und Ihrer SPD-Kumpane jahrelange Putin-freundliche Politik gewesen, die den barbarischen Vernichtungskrieg gegen den Staat, Nation, Kultur, gegen Frauen und Kinder erst herbeigeführt hat.“

**.) Schutz vor Dumpinglöhnen :** <https://www.jungewelt.de/artikel/424903.fl%C3%BCchtlinge-aus-der-ukraine-schutz-vor-dumpingl%C3%B6hnen.html> - IG BAU warnt: Geflüchtete aus Ukraine werden zu schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt. Unternehmen erwarten Zustrom billiger Arbeitskräfte. Aufnahmefähig: Bundesagentur für Arbeit und Deutsche Bahn kooperieren bei Jobberatung für Geflüchtete aus der Ukraine Auf dem Bau, in der Landwirtschaft und in der Gebäudereinigung »suchen Firmen händeringend nach Personal«, so der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, laut dpa am Dienstag. »Manche Chefs wollen die oft gut qualifizierten Geflüchteten lieber heute als morgen einstellen – aber oft zu schlechten Bedingungen.« Wer als Saisonkraft in der Landwirtschaft arbeitet, hat bis zu 70 Tage lang keinen Sozial- und Krankenversicherungsschutz. Nachdem die »Arbeitgeberverbände« den tariflichen Mindestlohn am Bau gekippt hätten, drohe den Beschäftigten in der Branche aktuell ein Einkommen auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns. Für 9,82 Euro pro Stunde sollte sich aber niemand die fordernde Arbeit auf dem Bau gefallen lassen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) äußerte gegenüber dpa, dass sich die Bundesregierung auf eine längere Anwesenheit der Geflüchteten vorbereite. Der Arbeitsmarkt sei geöffnet. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte vergangene Woche bei einem Treffen mit Dax-Vorständen die Bedeutung der Wirtschaft bei der Integration geflüchteter Ukrainer betont. Um die Vermittlung in schlechtbezahlte Anlernjobs dürfte es dem westfälischen Fleischverarbeitungskonzern Tönnies gegangen sein, der im März an der polnisch-

ukrainischen Grenze laut dem ARD-Magazin »Panorama« versucht haben soll, Flüchtlinge als Produktionshelfer anzuwerben. Nach Bekanntwerden der Aktion bestritt Tönnies eine eigennützige Absicht. Der IG-BAU-Vorsitzende Feiger betonte, dass kein Unternehmen die Lage der Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, ausnutzen dürfe – ob auf der Baustelle, auf dem Spargelfeld oder in der Reinigungsfirma. »Beschäftigte zweiter Klasse darf es nicht geben.« Wer vor dem Krieg nach Deutschland geflohen sei und einen Job suche, solle sich über Arbeitsbedingungen, Bezahlung und die eigenen Rechte genau informieren und auf die Gewerkschaft zugehen.

Unternehmen zeigen sich derzeit besonders für die Beschäftigung geflüchteter Menschen aus der Ukraine offen. Der Personalvorstand der Deutsche Bahn AG, Martin Seiler, sagte, erste ukrainische Geflüchtete seien bereits eingestellt worden, etwa als Bauingenieure, an der Telefonhotline oder im IT-Bereich. Das Unternehmen habe »permanent 3.000 bis 4.000 Stellen offen«. Der Elektronikkonzern Siemens plant bereits Programme zur »Integration« der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt in Form von Praktika oder Vorbereitungsklassen für eine Ausbildung.

Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) sieht Chancen für eine Arbeitsmarktintegration im Handwerk unter anderem in der Ausbildung ukrainischer Jugendlicher, die sich nach Abschluss ihrer Schulzeit für einen Handwerksberuf interessieren. Dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BDA), Steffen Kampeter, geht es offenbar nicht schnell genug. Die Aufnahme der Menschen aus der Ukraine sei oft zu langsam und ineffizient, kritisierte er. Die Bundesregierung müsse die Wirtschaft entlasten und Rahmenbedingungen für die Integration schaffen. Die Bundesagentur für Arbeit sieht sich laut dpa gut vorbereitet, »schnell und unbürokratisch zu helfen«, wenn die Menschen aus der Ukraine eine Arbeit suchten oder eine Ausbildung machen wollten; sie träfen auf einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt.

Auch Verdi sieht auf die Unternehmen gute Chancen zukommen. »Viele der jetzt Ankommenden bringen gute berufliche Qualifikationen mit, die in Deutschland dringend gebraucht werden«, erklärte der Bundesvorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Werneke, Ende März im ARD-»Morgenmagazin«. Es gehe darum, diese Qualifikationen zu erfassen und unbürokratisch anzuerkennen, damit die Menschen ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten finden könnten. »In vielen Bereichen werden schließlich Fachkräfte händeringend gesucht. Darüber hinaus brauchen die Geflüchteten einen schnellen Zugang zu Sprachkursen«, so Werneke.

### **.) Symbolpolitik an der Heimatfront :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/424898.revisionismus-symbolpolitik-an-der-heimatfront.html> -

CDU-Politikerin will Panzer von Sowjetischem Ehrenmal in Berlin entfernen. Ukraine-

Krieg Vorwand für antikommunistische Verbote. Panzer sollen weg: Das sowjetische Ehrenmal im Berliner Tiergarten. Am 8. Juli 1941 sahen sich die in der Sowjetunion eingefallenen Truppen der faschistischen Wehrmacht im nördlichen Belarus nahe dem Dnjepr-Fluss einem bislang nicht gekannten Gegner gegenüber. Erstmals zum Kampfeinsatz gekommene »T-34«-Panzer der sowjetischen Armee überrollten mühelos die deutschen Linien, während die Geschosse an ihnen abprallten. Zwei dieser Panzer, die im Frühjahr 1945 als erste die Reichshauptstadt erreichten, flankieren das im November 1945 erbaute Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten als Grabstätte für 2.500 in der Schlacht um Berlin gefallene sowjetische Soldaten. Die Panzer müssten jetzt aus dem Berliner Stadtbild verschwinden. Das fordert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus, Stefanie Bung, unter Berufung auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, wie zuerst der Spiegel am Sonntag berichtet hatte. Zwar habe die Rote Armee einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung vom Naziregime geleistet, gibt Bung zu. Doch heute würden die Panzer im Tiergarten »zu Symbolen der aggressiven und territoriale Grenzen und Menschenleben missachtenden Kriegführung des Putin-Regimes«, so die unlogische Argumentation der 44-jährigen, aus Westberlin stammenden Abgeordneten, die sich rühmt, Fördermitglied der Reservistenkameradschaft der Bundeswehr zu sein. Vom »rot-grün-roten« Berliner Senat wird der noch nicht in Antragsform vorliegende CDU-Vorstoß skeptisch gesehen. Das Ehrenmal solle bleiben, wie es ist, ließ Berlins Umweltsenatorin Bettina Jarasch (Grüne) auf Anfrage von dpa am Dienstag von ihrem Sprecher erklären. Sie lehne es ab, aufgrund des aktuellen Geschehens etwas an der Gedenkstätte zu verändern. »Hier geht es um das Gedenken der Toten des Zweiten Weltkrieges, in dem auf seiten der Roten Armee Soldaten vieler Nationalitäten der -Sowjetunion, darunter etliche russische und ukrainische, im Kampf gegen das Naziregime starben. Dieses Gedenken bleibt bedeutsam, auch in seiner historischen Gestalt.« Jarasch verwies darauf, dass das Land Berlin im Auftrag des Bundes für die drei Ehrenmale in der Hauptstadt verantwortlich ist. Zu deren Pflege und dauerhaftem Erhalt hat sich die Bundesrepublik im Zuge der deutschen Einheit mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag und dem deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag verpflichtet.

In den vergangenen Wochen waren sowjetische Ehrenmale in Berlin mehrfach geschändet worden. So wurde eine Plane in ukrainischen Farben über die Panzer gebreitet und der russische Präsident Wladimir Putin auf einem Banner mit Hitler gleichgesetzt. Nachdem sich schon vor einigen Tagen am Ehrenmal im Treptower Park Hakenkreuze sowie großflächige Parolen, die zum Mord an Russen aufriefen, gefunden hatten, wurde der Eingangsbereich am Ostermontag erneut beschmiert. Der Ukraine-Krieg dient derweil Politikern von CDU bis SPD als Vorwand, gegen unliebsame kommunistische oder sowjetische Symbole vorzugehen. So hatte die CDU im Bezirksparlament von Berlin-Pankow Ende März beantragt, die

Monumentalbüste des von den Nazis ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann im Ortsteil Prenzlauer Berg einzuschmelzen. Und der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat in einem Erlass die Polizeibehörden aufgefordert, gegen Symbole vorzugehen, die angeblich zur Billigung des russischen Angriffskrieges dienen. Auf der Liste findet sich unter anderem die Flagge der Sowjetunion. Das Ordnungsamt Bremen nannte im Auflagenbescheid für den Ostermarsch am Sonnabend zusätzlich die Siegesfahne der Roten Armee – also das rote Banner mit Hammer und Sichel – als Symbol, dessen Verwendung »eine strafrechtliche Überprüfung durch Polizei und Staatsanwaltschaft zur Folge haben würde«.

**.) Geflüchtete aus der Ukraine : ,Kommunen sollen kurzfristig Wohnraum schaffen :**

<https://www.hinzundkunzt.de/kommunen-sollen-kurzfristig-wohnraum-schaffen/> -

Hier wäre Platz für Wohnungslose und Geflüchtete: leerstehende Wohnungen in der Grindelallee..

Um Konkurrenz zwischen Wohnungslosen und Geflüchteten aus der Ukraine zu vermeiden, sollten die Kommunen Ferienwohnungen und Leerstände zu Wohnraum umwandeln, fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosigkeit.

Viele Geflüchtete aus der Ukraine werden wohl lange Zeit in Deutschland wohnungslos bleiben, befürchtet die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W). „Bei der Menge an Flüchtlingen müssen wir damit rechnen, dass nicht alle eine eigene Mietwohnung finden werden“, sagte die Geschäftsführerin Werena Rosenke dem Evangelischen Pressedienst. Viele würden noch lange bei Freund:innen oder in städtischen Unterkünften leben müssen.

Durch die Ankunft der Geflüchteten drohe sich die ohnehin angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in den Großstädten weiter zu verschärfen. Um „unschöne Konkurrenzsituationen“ mit anderen Wohnungslosen und Sozialhilfeempfänger:innen zu vermeiden, fordert die BAG W die Kommunen auf, kurzfristig Wohnraum zu schaffen – etwa durch die Überprüfung von leerstehenden Wohnungen oder die Umwandlung von Ferienwohnungen.

Wohnraumschutzbericht

[Bezirke gehen gegen illegale Ferienwohnungen und Leerstände vor](#)

Die Bezirksämter mussten 2020 gegen deutlich mehr Leerstände und illegale Vermietungen von Ferienwohnungen vorgehen. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Wohnraumschutzbericht des Senats hervor.

„Es darf nicht dazu kommen, dass Wohnungslose benachteiligt werden, weil Vermieter oder Kommunen ukrainische Geflüchtete bevorzugen“, sagte Geschäftsführerin Rosenke.

Gerade erst hatte der Verband der Norddeutschen Wohnungsunternehmen Alarm geschlagen und auf einen [drohenden Einbruch beim Bau von Sozialwohnungen hingewiesen](#). Gründe sind unter anderem die hohen Baupreise, Lieferengpässe und

Personalmangel. Ohnehin [nimmt die Zahl der Sozialwohnungen in Hamburg immer weiter ab](#).

**.) Norwegen liefert Luftabwehrraketen, Norwegen unterstützt die Ukraine mit Soforthilfe. Frankreich und Dänemark kündigen strikte Abkehr von russischer Energie an** : <https://www.welt.de/politik/ausland/article238259155/Ukraine-Krieg-im-Liveticker-Norwegen-liefert-der-Ukraine-Flugabwehrraketen.html> -

**Jede Waffenlieferung ist in der Ukraine derzeit willkommen** -

Norwegen liefert der Ukraine rund 100 Luftabwehrraketen vom Typ Mistral. Die Waffen seien bereits verschifft worden, teilt das norwegische Verteidigungsministerium mit.

**Frankreich pocht auf Importstopp für russisches Erdöl**

Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire pocht auf einen europäischen Importstopp für russisches Erdöl. Außer für den bereits verhängten Einfuhrstopp für Kohle aus Russland habe die Regierung von Präsident Emmanuel Macron diesen immer auch für Erdöl gefordert, sagte Le Maire am Dienstag dem Sender Europe 1. Denn die erste Devisenquelle von Kremlchef Wladimir Putin sei seit einigen Jahren nicht das Gas, sondern das Öl. Ohne die zögerliche Haltung einiger Länder wäre das Ölembargo längst in Kraft, meinte Le Maire, ohne die entsprechenden Länder beim Namen zu nennen. „Wir müssen unsere europäischen Partner noch überzeugen.“ Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die EU inzwischen einen Importstopp für russische Kohle beschlossen und weitere beispiellose Sanktionen verhängt. Immer wieder wird auch über einen sofortigen Ausstieg aus russischem Gas oder Öl diskutiert. Davor schrecken Deutschland und andere Länder aber aus Furcht vor wirtschaftlichen Schäden bislang zurück. So hatte etwa die chemische Industrie auf ihren großen Verbrauch von Öl und Gas verwiesen und vor schwerwiegenden Folgen für die Wertschöpfungsketten im Land gewarnt, sollte es zu längeren Ausfällen von Anlagen kommen. Etwa 95 Prozent aller Industrieerzeugnisse benötigten Chemieprodukte.

**.) Nord Stream 2 und Manuela Schwesig: Vertrauen dauerhaft zerstört, Die Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV könnte die Landeschefin zu Fall bringen.**

**Mitgetragen haben sie aber auch Union und Linke:** <https://taz.de/Nord-Stream-2-und-Manuela-Schwesig/!5846462/> - Beim Thema **Nord Stream 2** haben viele versagt. Vertreter\*innen aller relevanten deutschen Parteien haben die Warnungen der europäischen Nachbarn und der USA in den Wind geschlagen und die neue Pipeline des russischen Staatskonzerns Gazprom befürwortet. Insofern ist der Versuch von **Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig**

nachvollziehbar, von ihrer eigenen Schuld abzulenken, indem sie betont, dass andere

genau so falsch lagen.

Und die Verschleierungstaktik hält bis heute an. Zwar räumt Schwesig inzwischen ein, dass die Gründung der Stiftung ein Fehler war. Dessen Aufarbeitung wird aber aktiv blockiert: Die landeseigene Stiftung verweigert Informationen zu ihren wirtschaftlichen Aktivitäten, wichtige Dokumente und Informationen müssen auf dem Klageweg erstritten werden.

Das Vertrauen in die politische Führung hat dadurch so viel Schaden genommen, dass ein personeller Neubeginn in Mecklenburg-Vorpommern zwingend ist. Und zwar nicht nur in der SPD, sondern auch bei der Union und der Linken. Denn die haben sämtliche Täuschungsmanöver mitgetragen. [Vollständiger Bericht unter dem o. a. Link.](#)

**.) Ukraine-Playmate Milena Milyaeva :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Playmate-Milena-Milyaeva.pdf> - Warum ich mich trotz Krieg nackt zeige.

**.) Atomkraftwerk Tschernobyl wieder im regelmäßigen Kontakt mit IAEA :** <https://www.heise.de/news/Ukraine-Krieg-Atomkraftwerk-Tschernobyl-wieder-im-regelmaessigen-Kontakt-mit-IAEA-6746884.html> - Mit Kriegsbeginn nahm Russland Tschernobyl ein. Im März brach der Kontakt zur Internationalen Atomaufsichtsbehörde ab. Nun gibt es wieder telefonischen Kontakt. Das im Ukraine-Krieg schwer umkämpfte Atomkraftwerk Tschernobyl ist wieder im direkteren Austausch mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Das erklärte IAEA-Generaldirektor Rafael Mariano Grossi. Die telefonische Kommunikation sei wiederhergestellt.

[Am 24. Februar besetzten russische Truppen das Atomkraft Tschernobyl](#), die dort ansässigen Entsorgungsanlagen sowie das Gelände um die [Atomruine mit der neuen Schutzhülle](#), welche die Überbleibsel des Reaktorunglücks von 1986 sichern soll. Die russische Armee hielt das Atomkraftwerk über fünf Wochen, [bevor sie sich am 31. März zurückzog](#). Die staatliche Nuklearaufsichtsbehörde der Ukraine (SNRIU) hatte der IAEA [am 10. März mitteilen müssen, dass sie den Kontakt zum AKW-Standort verloren habe](#).

**.) Schwere Waffen für die Ukraine: Warum zaudert die Bundesregierung? :** Maschinengewehre, Panzerfäuste und Luftabwehrraketen hat Deutschland der Ukraine geliefert. Aber was ist mit schweren Waffen? Scholz sagt nun auch dazu Ja - aber mit einer Einschränkung. Seit Tagen wird Bundeskanzler Olaf Scholz auch aus der eigenen Koalition gedrängt,

sich zur Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine zu positionieren.

Ab Dienstagabend war es so weit. In einer kurzfristig angesetzten Pressekonferenz beantwortete er die Frage mit einem „Ja, aber“. Die Bundesregierung will der Ukraine weiterhin keine schweren Waffen liefern - zumindest auf direktem Wege. Woran liegt das? <https://www.marler-zeitung.de/ueberregionales/schwere-waffen-fuer-die-ukraine-warum-zaudert-die-bundesregierung-w1746917-p-9000171762/>

**Dazu Lenin: Ihm wird folgender Ausspruch zugeschrieben:**  
**„Wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich erst eine Bahnsteigkarte!“**

.) **Noch ein Einzelfall** : <https://jungle.world/artikel/2022/16/noch-ein-einzelfall> -

Es klang wie ein durchschnittlicher Redebeitrag beim Ostermarsch oder eine Wortmeldung von Sahra Wagenknecht: »Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen. (...) Im Krieg werden Unschuldige getötet. So ist der Krieg. Das ist leider systemimmanent. (...) Die Inkaufnahme Tausender toter Zivilisten hatten wir im Irak, in Libyen, in Afghanistan genauso.«

Es war jedoch Brigadegeneral a. D. Erich Vad, von 2006 bis 2013 militärpolitischer Berater der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der mit diesen und weiteren den russischen Angriffskrieg verharmlosenden Äußerungen in der vergangenen Woche vor der Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine warnte. Vad ist des Pazifismus unverdächtig, vielmehr zeigte er in der Vergangenheit eine bedenkliche Nähe zu Kreisen der Neuen Rechten. So beklagte er 2000 das »negative und verengte Bild von der Wehrmacht«, 2003 schrieb er im Magazin Sezession, über »die Handlungsunfähigkeit einer nachbürgerlichen politischen Klasse«, »deren Weltbild sich primär aus reeducation, aus den erstarrten Ritualen der Vergangenheitsbewältigung und Achtundsechziger-Mythologie speist«. Als Gegenmittel empfahl er die Ideen Carl Schmitts. Es ist daher fraglich, ob mangelndes Fachwissen ihn zu der Aussage bewog, die Bombardierung der Entbindungsklinik in Mariupol sei »sicher nicht Putins Absicht gewesen« – diese Strategie des Luftterrors müsste ihm aus der russischen Syrien-Intervention bekannt sein. Auch der Unterschied zwischen einer direkten Konfrontation von Nato-Truppen und russischen Soldaten auf dem Kriegsschauplatz, die tatsächlich zu einer Eskalation führen dürfte, und der indirekten Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen sollte ihm geläufig sein. Vielmehr scheint sein Alarmismus russlandfreundliche politische Ziele zu verfolgen.

Im Januar hatte Admiral Kay-Achim Schönbach, der damalige Kommandant der

deutschen Marine, »Respekt auf Augenhöhe« für Wladimir Putin gefordert, weil »wir Russland gegen China brauchen«. Als »sehr radikaler römisch-katholischer Christ« wollte er das vermeintlich christliche Russland an seiner Seite haben. Vad scheint eher an Russland als Bündnispartner gegen angelsächsische Zumutungen interessiert zu sein. Er ist im Ruhestand, Schönbach musste zurücktreten. Dennoch fragt man sich, ob es in der Bundeswehrführung nicht noch mehr solcher »Einzelfälle« gibt.

**.) Russland vor Kontrolle in Luhansk**, Russische Streitkräfte kontrollieren nach Angaben des Gouverneurs von Luhansk etwa 80 Prozent der Region. Die Ukraine schlägt Verhandlungen in Mariupol vor: <https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-!/5849802/> -

Ein Mann in den Trümmern eines Wohnhauses in Sievierodonetsk, Inmitten heftiger Kämpfe haben am Mittwoch vier Busse mit Zivilisten die belagerte ukrainische Hafenstadt Mariupol verlassen können. Nach Angaben der stellvertretenden Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk sollen die Evakuierungen am Donnerstag fortgesetzt werden. Die strategisch wichtige Stadt am Asowschen Meer steht nach fast zweimonatiger Belagerung kurz davor, endgültig unter russische Kontrolle zu fallen.

#### **Gouverneur: Russen kontrollieren 80 Prozent der Region Luhansk**

Russische Streitkräfte kontrollieren nach Angaben des Gouverneurs von Luhansk etwa 80 Prozent der Region. Luhansk ist eine der zwei Regionen des Donbass. Gouverneur Serhij Haidai sagte, die Russen, die ihre Offensive im Osten und Süden der Ukraine in dieser Woche erneuert hatten, hätten ihre Attacken in der Region Luhansk verstärkt.

Nach der Einnahme der Stadt Kreminna bedrohe das russische Militär nun die Städte Rubischne und Popasna. Er rief alle Einwohner zur Evakuierung auf. Auch in der zweiten Region des Donbass, Donezk, gab es heftige Kämpfe, insbesondere um die Hafenstadt Mariupol.

Eines der erklärten Kriegsziele Russlands ist es, das Territorium unter Kontrolle von Moskau unterstützter Separatisten im Donbass auszuweiten. Vor der russischen Invasion am 24. Februar kontrollierte Kiew 60 Prozent des Territoriums der Region Luhansk.

#### **? Übertriebene Kritik an Scholz**

Mit der Nato abgestimmt, liefert Deutschland der Ukraine, was möglich ist. Trotzdem gibt es die dämliche Debatte über „Ladehemmungen“ des Kanzlers. Den Kommentar von taz-Redakteurin Ulrike Herrmann lesen Sie [hier](#).

#### **Ukraine schlägt Verhandlungen mit Russland in Mariupol vor**

Angesichts der katastrophalen Lage im [seit Wochen umkämpften Mariupol](#) hat die Ukraine eine „besondere Verhandlungsrunde“ mit russischen Vertretern in der strategisch



wichtigen Hafenstadt im Süden des Landes vorgeschlagen. Es könnten Verhandlungen „ohne Vorbedingungen“ stattfinden, schrieb der ukrainische Chefunterhändler und Präsidentschaftsberater Mychailo Podoljak am Mittwoch auf Twitter. Ziel sei es, die ukrainischen Kämpfer, Soldaten und Zivilisten zu retten. „Weil sie zu uns gehören. Weil sie in meinem Herzen sind. Für immer“, erklärte Podoljak. Die ukrainischen Streitkräfte in Mariupol hatten am Mittwoch nach fast zweimonatigen heftigen Kämpfen einen dramatischen Hilfsappell veröffentlicht. Seine Truppen sähen „vielleicht“ ihren „letzten Tagen, wenn nicht Stunden entgegen“, erklärte der ukrainische Kommandeur Serhij Wolyna. Moskau stellte den ukrainischen Soldaten ein neues Ultimatum, das am Mittwochmittag ablief.

### **Russische Streitkräfte rücken weiter Richtung Kramatorsk vor**

Die russischen Streitkräfte rücken nach britischen Angaben von ihren Aufmarschgebieten in der ostukrainischen Donbass-Region weiter in Richtung Kramatorsk vor. Die Stadt stehe weiterhin unter Raketenbeschuss, teilt das britische Verteidigungsministerium auf Basis eines Lageberichts des Militärgeheimdienstes mit. Das russische Militär versuche, die ukrainischen Luftabwehrfähigkeiten im Osten des Landes zu zerstören. Bei der russischen Offensive gebe es aber wohl einen gewissen Zeitdruck. Russland sei wahrscheinlich bestrebt, vor den jährlichen Feierlichkeiten am 9. Mai zum Tag des Sieges über Nazi-Deutschland bedeutende Erfolge zu erzielen. „Dies könnte sich darauf auswirken, wie schnell und energisch sie versuchen, Einsätze im Vorfeld dieses Datums durchzuführen“, hieß es in dem Tweet.

### **? Die Tragödie von Mariupol**

Auf dem eingekesselten Fabrikgelände Asowstal setzt der Kommandeur der ukrainischen Truppen einen verzweifelten Hilferuf ab. Den Bericht unseres Redakteurs Bernhard Clasen lesen Sie [hier](#).

### **Pentagon zeigt sich unbeeindruckt von russischem Raketentest**

Die USA haben sich von einem russischen Ersttest einer atomwaffenfähigen ballistischen Interkontinentalrakete vom Typ Sarmat unbeeindruckt gezeigt. Russland habe die USA gemäß seiner Vereinbarungen im New-Start-Abkommen – dem letzten noch bestehenden nuklearen Abrüstungsvertrag zwischen den beiden Staaten – über seine geplante Erprobung dieser Rakete informiert, sagte Pentagonsprecher John Kirby am Mittwoch. „Ein solcher Test ist Routine. Es war keine Überraschung“. So habe das Pentagon den Test nicht als Bedrohung für die USA oder dessen Verbündete aufgefasst.

Kremlchef Wladimir Putin hatte die Sarmat-Rakete als einzigartig gepriesen. Sie sei fähig, jede Raketenabwehr zu durchbrechen. Dmitri Rogosin, Chef der Raumfahrtagentur Roskosmos, bezeichnete den Test vom Mittwoch als „Geschenk für die Nato“.

### **Klingbeil sieht keine Regierungskrise**

Der SPD-Co-Vorsitzende Lars Klingbeil sieht in den Vorwürfen aus den Reihen der

Ampel-Parteien, dass die deutschen Hilfen für die Ukraine zu zögerlich seien, keine [Krise der Regierung](#). Die Entscheidungen von Bundeskanzler Olaf Scholz seien eng abgestimmt mit den Spitzen der Grünen, der FDP und auch der eigenen SPD, sagt er im ZDF. Wenn es in einzelnen Parteien Debatten gebe und einzelne Abgeordnete anderer Meinung seien, dann müsse das in den jeweils eigenen Parteien geklärt werden. „Die Bundesregierung steht geschlossen und handelt entschieden.“

### **Biden will erneut Ansprache zum Krieg in der Ukraine halten**

US-Präsident Joe Biden will sich heute in einer Rede im Weißen Haus erneut zum Krieg in der Ukraine äußern. Dabei werde es voraussichtlich auch um die US-Bemühungen für eine weitere Unterstützung der Ukraine und Waffenlieferungen an die Ukraine gehen, hieß es in Regierungskreisen. Die Ansprache ist für 15.45 Uhr (09.45 Uhr Ortszeit) geplant.

### **.) Südkorea: Nach der Wahl wird der Atomausstieg beendet :**

[https://world.kbs.co.kr/service/contents\\_view.htm?lang=g&board\\_seq=421309](https://world.kbs.co.kr/service/contents_view.htm?lang=g&board_seq=421309) -

Südkorea: Die Stilllegungen von AKW werden wohl wieder beendet und der Bau von neuen AKW vorangetrieben.

Innerhalb von zwei Wochen solle ein Bericht vorgelegt werden, der einen Fünf-Punkte-Politikplan für das Erreichen der Klimaneutralität umfasse. Dazu zählen die Schaffung eines Strommix aus erneuerbaren und nuklearen Energiequellen und die verstärkte Beteiligung von Drittländern auf dem Markt für Emissionsgutschriften. Die Klimaneutralität ist eine Verpflichtung gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Um gleichzeitig die Bürger zu entlasten und die Schäden für die Wirtschaft gering zu halten, hält der Übergangsausschuss eine vernünftige Änderung des energiepolitischen Kurses für notwendig. Dazu zählt, dass der geplante Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig gemacht wird. Es ist insofern anzunehmen, dass der Bau von Atomkraftwerken wieder aufgenommen wird und Atomreaktoren.

**.) Briefing: Reform des Energiecharta-Vertrags gescheitert!** Im Sommer enden die Verhandlungen über eine Reform des Energiecharta-Vertrags (ECT). Im Vorfeld veröffentlicht das Umweltinstitut gemeinsam mit elf europäischen Partnerorganisationen ein Briefing. Es offenbart:

### **Alle Reformziele der EU sind gescheitert.**

Der Energiecharta-Vertrag gibt unter anderen Investoren fossiler Energien seit 1994 das Recht, Regierungen vor privaten Schiedsgerichten auf Milliardenbeträge zu verklagen, wenn etwa staatliche Eingriffe gegen die Klimakrise künftige Gewinne beeinträchtigen (könnten).

Man erinnere daran, das Vattenfall jahrelang eine Klage in den USA geführt hat um

zu den stillgelegten AKW 2011. Es kam zu einem Vergleich zwischen den Atombetreibern und der Bundesregierung die den Steuerzahler\*innen Milliarden gekostet hat. Vattenfall klagt gegen Deutschland: Regierung lehnt Schiedsverfahren ab Siehe Artikel von 2018 :

<https://taz.de/Vattenfall-klagt-gegen-Deutschland/!5500659/>

**.) Militaristen ausgebremst:** <https://www.jungewelt.de/artikel/424957.kriegsger%C3%A4t-aus-der-brd-militaristen-ausgebremst.html> -

Kanzler erteilt Lieferung schwerer Waffen vorerst Absage. Bundeswehr reklamiert Eigenbedarf, Bellizisten bleiben beharrlich. Schützenpanzer vom Typ »Marder« auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Die Kriegspropaganda des Westens hat den Frontstaat Ukraine längst eingemeindet in seine »Wertegemeinschaft« – Ultrationalismus inklusive.

Im von Russland begonnenen Krieg bleibt Kiew dabei auf Nachschub von außen angewiesen. Vor allem Panzer und schwere Artillerie sind heißbegehrt, zu deren Lieferung sind die NATO-Schutzmächte jedoch nicht bereit. Militärische Bedenken präsentierte am Mittwoch der Vize-Generalinspekteur der Bundeswehr Markus Laubenthal im ZDF-»Morgenmagazin«. Sofort einen Teil der eigenen schweren Waffen an die Ukraine zu liefern, würde die eigene Einsatzfähigkeit innerhalb der NATO beeinträchtigen. So werde etwa ein Großteil der Schützenpanzer vom Typ »Marder« auch herangezogen, um Ersatzteile bereitzustellen.

Diesen Einwand hält Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München für »vorgeschoben«. »Wenn die Verteidigung des Bündnisses an 15 Mardern hängt, dann ist es um die Verteidigung des Bündnisses nicht besonders gut bestellt«, meinte er in der Sendung. Auch das Argument des Vizegeneralinspektors, wonach die »kriegstaugliche Bedienung« dieser »komplizierten Gefechtssysteme« eine gründliche Ausbildung voraussetze, ließ der Bundeswehr-Gelehrte nicht gelten. »Da wird es ein paar geben, die könnte man sicherlich mit einem verkürzten Training relativ schnell in die Ukraine bringen«, sagte Masala.

Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) betonte am Mittwoch in Berlin die Entschiedenheit der Bundesregierung, Kiew in dem NATO-Stellvertreterkrieg weiter mit Waffen, Geld und »weiteren harten Sanktionen gegen Putins Machtbasis« zu unterstützen. Zuvor hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Dienstag abend in Berlin erklärt, die BRD werde zwar weiter liefern, jedoch nur Material, das »schnell einsetzbar« sei. Er vermied eine klare Absage der Lieferung schweren Kriegsgeräts.

»Die These, dass die Bundeswehr der Ukraine nichts mehr zu liefern imstande wäre, ist nicht nachvollziehbar«, beklagte sich Kiews Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, gegenüber dpa nach der Stellungnahme von Scholz. Die Bundeswehr habe mehr als 400 »Marder«-Schützenpanzer, von denen etwa 100 sofort übergeben werden

könnten. Außerdem habe die Truppe etwa 800 »Fuchs«-Transportpanzer, von denen ein Großteil nicht im Einsatz sei. »Ganz entscheidend« sei die Lieferung von »Panzerhaubitzen 2000«, betonte Melnyk. Davon habe die Bundeswehr etwa 120. Die Haubitzen können Ziele in 30 bis 40 Kilometern Entfernung beschießen, auch mit mehreren Geschossen auf einen Schlag.

Verbale Schützenhilfe für Melnyk leistete erneut der Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter (Grüne). Nicht nur traue er den ukrainischen Truppen die Bedienung schwerer Waffen zu, wie er im ZDF-»Morgenmagazin« sagte. Es müsse jetzt besonders schnell gehen mit den Lieferungen. »Je näher Putin einem Sieg kommt, desto größer ist die Gefahr, dass sich der Krieg ausweitet.« Es gelte zu verhindern, »dass wir in einen de facto dritten Weltkrieg rutschen«, so Hofreiters Eskalations-»Logik«.

Derweil bemüht sich die SPD-Spitze um [die Gunst Melnyks](#). Am Mittwoch traf sich die – gerne mit ihrem Antifaschismus kokettierende – Parteivorsitzende Saskia Esken mit dem bekennenden Verehrer des Judenschlächters Stepan Bandera. Aus Teilnehmerkreisen hieß es laut Welt, dass Vertraulichkeit vereinbart wurde, es sei aber ein »angenehmes und zugewandtes« Gespräch gewesen.

**.) »Yallah Klassenkampf«** : <https://www.jungewelt.de/artikel/424972.heraus-zum-1-mai-yallah-klassenkampf.html> - Das Demonstrationsbündnis verurteilt den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ebenso wie die imperialistische Politik der NATO, die durch ihre Osterweiterung und jahrelange Eskalation die Grundlagen für diesen Krieg geschaffen hat. »Dieser Krieg ist nicht unser Krieg, es ist der Krieg, der im Interesse der Herrschenden geführt wird und bei dem wir nicht gewinnen können. Als revolutionäre Linke kämpfen wir für Frieden und gegen Militarisierung«, hatte die Sprecherin des Veranstalterbündnisses, Aicha Jamal, erklärt.

**.) Angebot aus Moskau** : <https://www.jungewelt.de/artikel/424963.krieg-in-der-ukraine-angebot-aus-moskau.html> - Dokument für Verhandlungen an Kiew übergeben. Appell aus Mariupol - Wann es neue Gespräche zwischen Russland und der Ukraine geben kann, ist noch offen. Moskau machte am Mittwoch jedoch deutlich, dass die russische Regierung mit dem bisherigen Verhandlungstempo unzufrieden ist. Der Sprecher des Präsidialamtes, Dmitri Peskow, bestätigte, dass der ukrainischen Seite schriftlich neue Verhandlungen angeboten worden seien. Demnach wurde »unser Entwurf des Dokuments übergeben, der absolut klare und ausgefeilte Formulierungen beinhaltet«. Eine Frist für eine Antwort Kiews gebe es nicht, »der Ball« liege aber »auf der Seite« der Ukraine. Angaben zum Inhalt machte Peskow der Agentur Interfax zufolge nicht.

Zur Lage im Land erklärte der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij in einer

Videobotschaft, dass »praktisch der gesamte kampfbereite Teil der russischen Armee auf dem Territorium unseres Staates und in den Grenzgebieten Russlands konzentriert« sei. Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs blieben russische Versuche erfolglos, die Städte Rubischne und Sewerodonezk im Gebiet Lugansk zu stürmen. Schwere Gefechte habe es zudem um Marjinka, Popasna, Torske, Selena Dolina und Kreminna gegeben. Russlands Streitkräfte beschossen nach eigenen Angaben 1.053 Militärobjekte. Von unabhängiger Seite konnten diese Angaben nicht bestätigt werden.

Den ukrainischen Kämpfern in Mariupol stellte Moskau am Mittwoch ein neues Ultimatum bis zum Mittag, um sich zu ergeben, und sicherte ihnen freien Abzug zu. Ein Kommandeur der in einem Stahlwerk in Mariupol verschanzten ukrainischen Truppen und faschistischen »Asow«-Kämpfer richtete einen Appell »an alle Anführer der Welt, uns zu helfen«. Sie sollten die ukrainischen Soldaten herausholen und in einen »Drittstaat« bringen. »Wir sehen hier vielleicht unseren letzten Tagen, wenn nicht Stunden entgegen«, sagte Sergij Wolina, Kommandeur der 36. Marinebrigade, in einem Video auf Facebook. »Der Feind ist uns in einem Verhältnis von 10:1 überlegen.« Die Truppen hatten in den vergangenen Tagen mehrere Ultimaten zum sicheren Abzug ungenutzt verstreichen lassen. Für die Zivilisten in Mariupol wurde nach ukrainischen Angaben ein Fluchtkorridor ausgehandelt. In der Stadt sollen sich noch rund 100.000 Menschen aufhalten.

**.) Gegen den Burgfrieden** : <https://www.jungewelt.de/artikel/424968.us-linke-und-ukraine-gegen-den-burgfrieden.html> – Schwerpunkt US-Linke und Ukraine - Fortschrittliche Kräfte von Indigenen, Afroamerikanern und Latinos zeigen Widerstand -Am Ostermontag hat die US-Tageszeitung New York Times (NYT) ihren »The Morning« genannten täglichen Frühappell an ihre Onlineleserschaft mit der Bemerkung eingeleitet, wer in der Mehrheit der westlichen Länder lebe, könne angesichts der Unterstützung seiner Regierung für die Ukraine, einschließlich der Lieferung von Waffen und der Verhängung von Sanktionen gegen Russland, den Eindruck gewinnen, es gebe »eine geeinte globale Reaktion auf Wladimir Putins Invasion«. Doch das sei »gar nicht der Fall«, musste NYT-Autor Ian Prasad Philbrick einräumen, denn: »Die meisten der 195 Länder der Welt« würden »weder Hilfsgüter an die Ukraine liefern noch sich den Sanktionen anschließen«. Eine »Handvoll Länder« unterstütze die Russische Föderation sogar »aktiv«.

Weitaus mehr Länder bilden indes mit ihrer Haltung zum Konflikt das, was Carisa Nietzsche von der US-Denkfabrik »Center for a New American Security« als »Messy middle« bezeichne – die »chaotische Mitte«, die sich »weder auf die ukrainische noch auf die russische Seite« stelle. Sie folgten »eigenen Interessen«, so Philbrick. »Wir leben hier in den USA und in Europa in einer Blase, in der wir glauben, dass das, was auf dem Spiel steht, moralisch und geopolitisch eine universelle Sache« sei,

zitierte er sodann Barry Pavel, den Vizepräsidenten der US-Denkfabrik »Atlantic Council«, der räsonierte: »Tatsächlich sind die meisten Regierungen der Welt nicht auf unserer Seite.«

Doch auch im Innern der »Blase« wollen im US-Imperium nicht alle mitspielen. Da herrscht kein »geeintes« Handeln vor. Im Gegenteil. Auch wenn in den USA wie in Europa sogar altgediente pazifistische und linke Gruppen vor der antirussischen Propaganda kapitulieren und ihre Köpfe in den Sand stecken, vertiefen sich in der aktuellen Situation Widersprüche entlang alter Konfliktlinien der US-Gesellschaft. Die NYT verliert jedoch kein Wort darüber, dass es fortschrittliche Kräfte der indigenen, afroamerikanischen und hispanischen Teile der Bevölkerung sind, die nicht mitmachen beim verordneten Burgfrieden. Sie wissen aus eigener Erfahrung, dass »der Hauptfeind im eigenen Land steht«, wie Karl Liebknecht im Mai 1915 angesichts der »amtlichen Lügennetze« im Ersten Weltkrieg betonte.

Die Unabhängigkeitsbewegung der US-Kolonie Puerto Rico hält Washington wegen seiner skrupellosen politisch-militärischen Unterstützung der »Souveränität der Ukraine« den Spiegel vor. »Seit Jahrzehnten fordern die Vereinten Nationen, Puerto Rico endlich seine Souveränität zu gewähren«, empörte sich Hector Luis Alamo, Chefredakteur des Onlineblogs Latino Rebels. Jedoch habe es keine US-Regierung bislang für nötig gehalten, darauf zu reagieren. Auch die amtierende sei »nur eine andere Sorte Cop, der glaubt, er stehe über dem Gesetz und den Menschenrechten«.

Die puertoricanische Bevölkerung auf der Insel und im US-Exil eint mit der afroamerikanischen ihre Erfahrung von sozialer Unterdrückung und politischer Rechtlosigkeit. Bereits zu Zeiten des Vietnamkrieges, der blutigen US-gestützten Militärdiktaturen in Lateinamerika und des Beginns der brutalen US-Blockade gegen das sozialistische Kuba stammte die gesellschaftliche Avantgarde der antiimperialistischen Kämpfe der Antikriegs- und Bürgerrechtsbewegung aus ihren Reihen.

Da wundert es nicht, dass die »Black Alliance for Peace« (BAP) bereits am 12. Januar 2022 zu dem Schluss kam, »dass die gefährliche Krise in der Ukraine von der illegalen Politik der ›Achse der Dominanz‹ aus USA, EU und NATO« zu verantworten» sei. Schon Wochen vor der militärischen Eskalation vertrat die Allianz die Position, »die einseitige Darstellung der Ereignisse in der Ukraine« sei »Teil einer massiven Propaganda der Konzernmedien und der Biden-Regierung«. Demgegenüber müsse »die Öffentlichkeit über die tatsächliche Chronologie der Ereignisse seit dem von den USA geförderten rechten Maidan-Staatsstreich aufgeklärt werden«. Im Januar verpflichtete sich die BAP, »gegen die Politik der USA aufzutreten«, weil, wie es Martin Luther King vor mehr als 50 Jahren angesichts des Vietnamkrieges und zahlreicher Interventionen zum ersten Mal ausgesprochen habe, nach wie vor »die USA der größte Verursacher von Gewalt in der Welt« seien.

Nach dem Einmarsch Russlands trat die Friedensallianz am 1. März erneut mit einer »Erklärung zur Situation in der Ukraine« an die Öffentlichkeit und wandte sich ausdrücklich an die »afrikanischen und kolonisierten Völker«. Um die Bedeutung der Vorgänge zu verstehen, müsse »nicht Europa, sondern der Imperialismus in den Mittelpunkt gestellt« werden. Seit dem Beginn der NATO-Erweiterung bis an die Grenze der Russischen Föderation habe die Ukraine »zu einem schwerbewaffneten NATO-Mitgliedstaat aufgebaut« werden sollen. Indem der Konflikt heute global eskaliere, werde die NATO-Erweiterung »zu einer existentiellen Bedrohung für die afrikanischen und alle kolonisierten Völker« der Welt. Als Beispiel attackierte die BAP die Doppelmoral der US-Regierung: Sie habe am 24. Februar »das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine scharf verurteilt, während sie am selben Tag mit bewaffneten Drohnen Somalia bombardieren« ließ – ein Land, das in den vergangenen 30 Jahren durch die US-Angriffe eine Viertelmillion Tote und drei Millionen Vertriebene zu beklagen hat. »Um Frieden in der Region und in der Welt zu schaffen«, so die BAP, müsse »die Stärkung dieser ›Achse der Dominanz‹ gestoppt und die NATO aufgelöst« werden.

**.) FFF-Aktivist über geplantes LNG-Terminal:** <https://taz.de/FFF-Aktivist-ueber-geplantes-LNG-Terminal/!5849843/> - „Ungeeignet für post-fossile Zeit“, „Fridays for Future demonstriert in Brunsbüttel gegen das geplante LNG-Terminal. Das Großprojekt helfe nicht in der aktuellen Situation. - Mehr dazu unter dem o.a. Link.

**.) Umfrage in Schleswig-Holstein - Mehrheit für den Weiterbetrieb von AKW :** [https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl\\_2022/NDR-Umfrage-in-SH-CDU-vor-SPD-und-Gruene-Abstand-waechst,umfrage1294.html](https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl_2022/NDR-Umfrage-in-SH-CDU-vor-SPD-und-Gruene-Abstand-waechst,umfrage1294.html) - Erneuerbare Energien, Gas-Reserven, LNG oder ein verzögerter Kohle- oder Atomausstieg? Die Liste der Ideen, um Deutschland unabhängiger von russischem Gas zu machen, ist lang - und wird kontrovers diskutiert. In Schleswig-Holstein empfinden etwa neun von zehn (88 Prozent) den Ausbau erneuerbarer Energien als richtig. Die Erschließung anderer Energiequellen wird zurückhaltender bewertet: Sechs von zehn unterstützen als Reaktion auf den Ukraine-Krieg einen verstärkten Öl- und Gas-Import aus Ländern wie Katar oder Saudi-Arabien (59:29 Prozent), fünf von zehn eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke (48:44 Prozent).

**.) Dänemark will schwimmende AKW bauen :** <https://www.nuklearforum.ch/de/news/daenemark-partnerschaft-zwischen-seaborg-und-samsung-heavy-industries-zur-entwicklung> - 19.04.2022

Dänemark/Südkorea: Partnerschaft zwischen Seaborg und Samsung Heavy Industries zur Entwicklung schwimmender Atomkraftwerke. Das dänische Start-Up Seaborg und der südkoreanische Schiffsbauer Samsung Heavy Industries (SHI) haben am 7. April 2022 eine Partnerschaftsvereinbarung unterzeichnet.

.) **"Der Westen nimmt sich wichtiger, als er noch ist"** :

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/westmaechte-ukraine-krieg-russland-moral-werte> - Arvid Bell war mal ein linker Grüner Friedenspolitiker, heute berät er US-Militärs. Die deutsche Ukraine-Politik hält er für zu moralisch und selbstbezogen. Von 2008 bis 2010 war Arvid Bell ehrenamtliches Mitglied im Parteirat der Grünen und machte sich im linken Flügel der Partei einen Namen, unter anderem als Gegner von Rüstungsexporten und Militäreinsätzen. Mittlerweile ist er Lehrbeauftragter an der Harvard Universität und Direktor der "Negotiation Task Force" am dortigen Davis Center for Russian and Eurasian Studies, wo er die Rolle von Verhandlungsstrategien in der Deeskalation von Konflikten erforscht. Hierzu hat er Krisengebiete in Osteuropa, Zentralasien, und dem Nahen Osten bereist, und Nato-Einsatzkräfte und Parlamente beraten. Wie blickt der 37-Jährige auf den westlichen Umgang mit dem russischen Angriffskrieg und das Verhalten seiner alten Partei?

ZEIT ONLINE: Herr Bell, Sie sind gerade auf dem Weg zu einer Basis der US-Armee in Mississippi. Was machen Sie da?

Arvid Bell: Ich halte dort einen Vortrag vor Spezialkräften der Navy, wie man besser verhandelt. Wir reden über Interessenausgleich in Verhandlungen, wie man internationale Allianzen effektiver gestalten kann und darüber, wie man der Gegenseite besser zuhört.

ZEIT ONLINE: Sie waren früher mal ein linker, antimilitaristischer Grüner. Heute trainieren Sie also unter anderem Militärs. Wie verträgt sich das?

Bell: Das hat sich durch meinen Beruf und meine Erfahrung in den USA geändert. Ich habe Vorurteile abgelegt. Vor vielen Soldaten, mit denen ich hier zu tun habe, vor allem Offiziere und Spezialkräfte, habe ich großen Respekt. Die sind klug und gut ausgebildet. Das sind die Letzten, die in den Krieg ziehen wollen und die Ersten, die dir sagen, wie schlimm militärische Gewalt wirklich ist. Eben weil sie das selbst erlebt haben. Ich habe für mich jetzt die Linie dort gezogen: Ich helfe niemandem, effizienter zu töten. Aber ich helfe, Konflikte verbal effektiver zu managen. Deeskalation statt Eskalation. Verhandeln statt Gewalt. Wie man das am besten macht, darüber rede ich mit Journalistinnen in Afghanistan genauso wie eben mit den Soldaten auf diesem Marine-Stützpunkt.

ZEIT ONLINE: Man kann den Eindruck haben, dass nicht nur Sie, sondern auch Ihre alten Parteifreunde längst von ihrem Antimilitarismus abgekommen sind. Die Grünen sind im Ukraine-Krieg am deutlichsten für Waffenlieferungen. Wie nehmen Sie die deutsche Debatte aus der Ferne wahr?



Bell: Mich irritiert die starke moralische Aufladung, die nicht nur, aber vor allem von den Grünen betrieben wird. Das sehe ich so im Vergleich in anderen Ländern nicht. In Deutschland stehen emotionale Bilder und Geschichten sehr im Vordergrund: Die Kinder, die vor den Bomben in die U-Bahn-Stationen fliehen, die Toten in Butscha mit den auf den Rücken gebundenen Händen – das ist alles schrecklich. Und gerade die Grüne wertebasierte Außenpolitik muss sich darüber auch empören und moralisch sein. Aber sie paart sich jetzt auf ungesunde Art mit einer neuen Bereitschaft zur Militarisierung. Diese Mischung scheint mir nicht ohne Risiko und Nebenwirkungen.

ZEIT ONLINE: Warum?

Arvid Bell, 37 Jahre, arbeitet an der Harvard Universität und hat das

Beratungsunternehmen Negotiation, Design and Strategy gegründet. © privat

Bell: Es gibt jetzt den Wunsch, sich mit den aufrechten Ukrainern zu identifizieren und mit ihnen zusammen die Horden der Finsternis zu besiegen. Die Ukraine hat das Recht, sich gegen einen illegalen Angriffskrieg zu wehren. Aber gerade in Deutschland, aber auch im gesamten Westen, ist man geschichtlich und moralisch nicht dazu legitimiert, sich als weißer Ritter aufzuspielen. Wenn man zurückschaut, auch in die Geschichte der Grünen: Warum waren Leute wie Petra Kelly (Mitgründerin der Grünen, Anm. d. Red.) so überzeugend? Weil sie ihr wertebasiertes Handeln mit Gewaltfreiheit verbunden haben, und gerade eben nicht mit Militanz. Ich persönlich bin gar nicht kategorisch gegen Militär und Auslandseinsätze. Aber mich beunruhigt, dass die neue Bereitschaft zu militärischer Gewalt nicht eingehegt wird von den Überlegungen des internationalen Rechts, sondern von Fragen der Moral und der Gesinnung. Denn über Moral wird sich nie ein universeller Konsens herstellen lassen; moralische Fragen können in der Welt immer unterschiedlich ausgelegt werden. So wird man also nicht zu einer weltweiten Antwort darauf finden, wie mit diesem Krieg und Kriegen generell umzugehen ist.

ZEIT ONLINE: Aber die Einstufung dessen, was beispielsweise russische Soldaten in Butscha anrichten, ist doch keine Frage der Moral oder der Gesinnung.

Bell: Nein. Aber haben Sie die Ukraine-Debatten in der UN-Generalversammlung und im UN-Sicherheitsrat verfolgt? Das war sehr aufschlussreich. Manche westliche Außenminister sind dort sehr empört und moralisch aufgetreten, haben über sterbende Kinder gesprochen, über Bombenhagel und so weiter. Das kommt nun mal in vielen Teilen der Welt schlecht an, wo teilweise über Jahrzehnte westliche Bomben gefallen sind und Kinder getötet haben. Die USA haben den Irak 20 Jahre bombardiert.

ZEIT ONLINE: Das macht ja den russischen Angriffskrieg nicht weniger schlimm.

Man wird weltweit keinen Konsens gegen den russischen Angriffskrieg organisieren können, wenn man das zu sehr moralisch auflädt.

Arvid Bell: In der Tat, aber darum geht es auch nicht. Der Punkt ist: Man wird

weltweit keinen Konsens gegen den russischen Angriffskrieg organisieren können, wenn man das zu sehr moralisch auflädt. Zu viele Länder in der Welt wissen genau, wie brutal westlicher Imperialismus und Kolonialismus war. Ich komme gerade aus Vietnam, da haben die USA Hunderttausende Menschen umgebracht, Folter unterstützt, und Agent Orange gesprüht. Ich habe dort einen Studenten getroffen, der hat eine Ukraine-Flagge in sein Instagram-Profilbild gepackt, einfach weil er fand, dass es nicht in Ordnung ist, ein anderes, kleineres Land zu überfallen. Aber die Generation seiner Eltern ist von den Amerikanern bombardiert worden. Die Vietnamesen haben so viel westlichen Terror erlebt, und nicht nur die, diesem Studenten können wir doch jetzt nicht mit moralischer Empörung und Überheblichkeit kommen. Wenn man die ganze Zeit über getötete Kinder spricht, fragt sich ein großer Teil der Welt: Was ist mit den irakischen Kindern, die im Bombenhagel gestorben sind? Was ist mit den afghanischen Hochzeitsgesellschaften, die weggebombt wurden? Wo ist eure Empörung, wenn ihr selber die Bomben werft?

"Diese Anmaßung hinkt der Realität hinterher"

ZEIT ONLINE: Trotzdem müssen die aktuellen Verbrechen klar benannt werden. Auslöser der moralischen Empörung sind ja Völkerrechtsverstöße.

Bell: Aber, und das klingt brutal: Dem Völkerrecht geht es nicht darum, welche Kinder wo in U-Bahn-Stationen sitzen. Sondern darum, ob ein Land erstens das Recht zu einem Krieg hat und ob es sich zweitens dabei an das Kriegsrecht hält. Beides hat Putin offenbar nicht. Sein Krieg ist also ein doppelter Rechtsbruch. In den UN-Debatten zur Ukraine haben Länder wie Kenia oder Singapur viel nüchterner argumentiert. Kenia hat argumentiert, dass man nicht einfach Grenzen verletzen und gewaltsam verschieben kann, dass man so heute keine Konflikte mehr löst. Und Singapur hat klargestellt, dass es als kleiner Staat kein Interesse hat, in einer Welt zu leben, in der Großmächte sich einfach nehmen, was sie können, und die anderen müssen zusehen. Das ist eine Sorge, die ich auf Reisen in vielen Ländern wahrnehme, die im Einflussbereich großer Mächte stehen, sei es in Asien oder in Osteuropa. Kenia und Singapur haben also völkerrechtliche Argumentationen genutzt, über die sich viel leichter ein Konsens herstellen ließe darüber, dass Russland sanktioniert und isoliert werden muss. Es geht darum, eine Welt zu verhindern, in der wieder allein das Recht des Stärkeren gilt. Das ist, worauf man sich einigen könnte, egal was für eine Moral man hat.

ZEIT ONLINE: Noch mal zur Moral und zur Empörung: Vielleicht lassen sich westliche Gesellschaften im Inneren nur mithilfe solcher Empörung dazu bringen, überhaupt zu handeln. Vielleicht müssen Baerbock und andere von bombardierten Kindern erzählen, um ihren Wählerinnen und Wählern dann auch, quasi zur Verteidigung dieser Kinder, etwas zuzumuten zu können.

Bell: Das ist eine sehr gute Frage und wahrscheinlich ist da was dran. Aber es ist auch

Aufgabe von Politik, weiterzudenken. Wie hilfreich ist es, dass große Teile der eigenen Bevölkerung gegen Russland moralisch so aufgepeitscht sind, wenn es doch mittelfristig eine Sicherheitsordnung in Europa nur mit Russland geben kann?

ZEIT ONLINE: Oder eine Isolierung Russlands.

Bell: Haben Sie wirklich den Eindruck, dass Russland gerade komplett isoliert wird? Angesichts des Verhaltens von China oder Indien, von Brasilien, von den zentralasiatischen Staaten? Eher nicht, oder? Das Beste, worauf man aus westlicher Sicht noch hoffen kann, ist, dass China und Indien die Sanktionen nicht völlig offensichtlich unterlaufen.

ZEIT ONLINE: Das heißt, westliche Staaten kümmern sich zu wenig um Dritte, die sie eigentlich für ihre Russlandpolitik bräuchten.

Bell: Aber hundertprozentig! Das ist Teil der westlichen Hybris. Westliche Politikerinnen und Politiker reden jetzt gern von einer "regelbasierten internationalen Ordnung". Ich frage mich immer, was die damit eigentlich genau meinen. Wenn sie das Völkerrecht meinen, warum nennen sie es dann nicht so? Dann müssten sie allerdings auch mal darüber reden, wo der Westen es gebrochen hat und so zur Erosion internationaler Normen und Verträge beigetragen hat. Oder, das ist mein Verdacht, meinen sie damit doch wieder nur die Regeln, die sie allein für den Rest der Welt setzen wollen? So funktioniert diese Welt aber nicht mehr, diese Anmaßung hinkt der Realität einfach hinterher. Der Westen kann keine global gültigen Regeln mehr setzen. In vielen Politikfeldern wäre gerade Russland noch ein guter Verbündeter gewesen. Bei Rüstungskontrolle und nuklearer Abrüstung haben die USA, Europa und Russland alle ein Interesse daran, dass auch China anfängt, seine Arsenale politisch einzuhegen. Auch das ist nun vorbei. China wird jetzt im Indopazifik noch hemmungsloser aufrüsten, und falls der Westen und Russland irgendwann wieder zusammenfinden, um etwas dagegen zu unternehmen, wird es zu spät sein. Über solche Entwicklungen müssen wir jetzt nachdenken, uns auch strategisch um andere Weltregionen kümmern. Empörung ist noch keine Strategie.

ZEIT ONLINE: Die grüne Außenministerin will eine werte- statt einer interessengeleiteten Außenpolitik. Sie würden wahrscheinlich sagen: Es müsste eine völkerrechtsgeleitete Außenpolitik sein.

Bell: Ja. Wobei Interessen und Werte dazu gehören können. Es ist nichts Schlimmes daran, wenn man sich als Gesellschaft über seine Prioritäten klar wird und darüber, was man überhaupt erreichen will. Wertegebunden sollte Außenpolitik vor allem sich selbst gegenüber sein – dass man also keinesfalls die Werte, die man vertritt, selbst verletzt. Dass man die humane Behandlung von Geflüchteten, von der man redet, auch selbst praktiziert beispielsweise.

"In Verhandlungen geht es nicht um die Wahrheit"

ZEIT ONLINE: Eine Außenpolitik, die auf dem Völkerrecht basiert, hat das Problem, dass Brüche des Völkerrechts bisher selten bestraft werden. Ein Recht, bei dem

Verstöße folgenlos bleiben, ist vielleicht nicht sehr stark.

Bell: Wir müssen das Völkerrecht und die Einigkeit der Staaten nicht schwächer reden, als sie sind. Es war spektakulär, wie isoliert Russland in der Generalversammlung der UN war: 141 Staaten haben die Invasion als völkerrechtswidrig verurteilt, nur vier Staaten haben mit Russland gestimmt. Das müssten alle, denen Frieden und internationales Recht wichtig sind, viel, viel mehr feiern, darüber müsste man viel mehr reden. Auch in der Begründung neuer Sanktionen: Die braucht es nicht deshalb, weil die Russen alle böse wären, sondern weil die russische Regierung eine konkrete Regel gebrochen hat. Nämlich das zwischenstaatliche Gewaltverbot. Und noch etwas anderes ist interessant.

ZEIT ONLINE: Was?

Bell: Ich war oft in Russland und habe auch jetzt noch Kontakt dorthin. Westliche Presseberichte werden dort, wenn sie durchdringen, nicht mehr besonders wichtig genommen. Aber wenn mal eine Stimme aus anderen Teilen der Welt durchdringt, wenn beispielsweise eine Professorin aus Brasilien sich äußert oder wenn ein chinesischer Experte sagt: Moment mal, was ihr da gerade in der Ukraine macht, ist genauso falsch wie das, was die Amerikaner im Irak gemacht haben – das erreicht die Leute viel eher. Auch hier gilt: Der Westen nimmt sich selbst wichtiger, als er noch ist.

ZEIT ONLINE: Dazu passen Berichte, dass die russische Desinformation gar nicht mehr so sehr auf den Westen zielt, sondern auf Südamerika, Afrika, Asien. Dort ist sie auch viel erfolgreicher.

Bell: Genau! Das ist alles ein riesiger blind spot westlicher Politik.

ZEIT ONLINE: Sie haben sich als Mitglied des Grünenparteirats immer gegen Rüstungsexporte in Krisengebiete ausgesprochen. Würden Sie heute Waffenlieferungen in die Ukraine zustimmen?

Die Erkenntnis der Friedensforschung, dass mehr Waffen nicht zu Frieden führen, sondern zu mehr Gewalt, Wettrüsten, und Instabilität, die ist ja nicht hingällig durch diesen Krieg.

Arvid Bell: Ich bin froh, dass ich diese Entscheidung nicht treffen muss. Denn die Erkenntnis der Friedensforschung, dass mehr Waffen nicht zu Frieden führen, sondern zu mehr Gewalt, Wettrüsten und Instabilität, die ist ja nicht hingällig durch diesen Krieg. Andererseits verstehe ich, dass man in diesem Fall, wo die Ukraine das Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist, vielleicht eine Ausnahme machen will.

ZEIT ONLINE: Lassen Sie damit nicht genau jene Moralisierung zu, die Sie beklagen? Waffenlieferungen sind falsch, aber weil uns die Ukrainer so nahe und eindeutig Opfer sind, machen wir doch eine Ausnahme.

Bell: Das kann sein. Es ist sicher ein Grenzfall.

ZEIT ONLINE: Sie sind Experte für Verhandlungen in Konfliktsituationen und haben

unter anderem darüber geschrieben, welche Rolle "Gerechtigkeitsansprüche" in Friedensverhandlungen spielen. Wie schätzen Sie die Gespräche zwischen russischen und ukrainischen Delegationen ein?

Bell: Wenn man in seinem Gegenüber am Verhandlungstisch eine Bande drogenabhängiger Nazis sieht oder eine Horde von Kriegsverbrechern, wird es jedenfalls nicht einfacher, sich auf einen Waffenstillstand zu einigen.

ZEIT ONLINE: Aber die eine Aussage ist doch deutlich näher an der Wahrheit als die andere.

Bell: Ja. Aber in Verhandlungen geht es nicht um die Wahrheit. Sondern um Interessen.

### **.) Trojanow zum Ukraine-Krieg: "Drei Schläge mit dem Holzstock" :**

<https://www.profil.at/kultur/trojanow-zum-ukraine-krieg-drei-schlaege-mit-dem-holzstock/401973980> - Der Autor Ilija Trojanow kennt Osteuropa wie kaum ein anderer.

Ein Gespräch über Blumen für Putin und Intellektuelle als Militärexperten. Mehr unter dem Link.

### **.) Lebenslänglich für Aufdecken von US-Kriegsverbrechen :**

<https://kommunisten.de/rubriken/europa/8500-lebenslaenglich-fuer-aufdecken-von-us-kriegsverbrechen> -

4.2022:

Der Westminster Magistrates Court erließ am Mittwoch in London den formellen Auslieferungsbeschluss für den WikiLeaks-Gründer Julian Assange ++ Entscheidung liegt jetzt bei ultrakonservativer Innenministerin ++ Reporter ohne Grenzen fordern die Freilassung von Assange ++ Das von Annalena Baerbock geführte Außenministerium bekräftigt, dass die Bundesregierung auf die Rechtsstaatlichkeit im Auslieferungsverfahren vertraut

In einer Anhörung, die nur sieben Minuten dauerte, fällte der Richter des Westminster Magistrates' Court in London, Paul Goldspring, am Mittwochmorgen ein sehr hartes Urteil: Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange kann an die USA ausgeliefert werden. Das Gericht übergab die Akte an Innenministerin Priti Patel. Es liegt nun an ihr, ob der australische Journalist an die USA ausgeliefert wird. Sie hat 28 Tage Zeit für ihre Entscheidung. Es ist zu befürchten, dass das ultrarechte Mitglied der konservativen Regierung nicht zögern und unterschreiben wird. Danach haben die Anwälte des WikiLeaks-Gründers nur noch zwei Wochen Zeit, um in Berufung zu gehen, der aber nur wenig Erfolgsaussichten gegeben werden.

Dass es sich um ein Todesurteil unter einem anderen Namen handelt, liegt auf der Hand: Die mögliche und leider wahrscheinliche Strafe, die Assange in den USA erwartet, beträgt 175 Jahre. Die Dauer von zwei Menschenleben.

In der Anklageschrift wird ein Spionagegesetz aus dem Jahr 1917 angeführt. Assange wird vorgeworfen, gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und

veröffentlicht und damit das Leben von US-Informanten in Gefahr gebracht zu haben. Der wirkliche Grund liegt darin, dass Assange Kriegsverbrechen des US-Militärs im Irak aufgedeckt hat, für die die Kriegsverbrecher nie zur Rechenschaft gezogen wurden. Renommiertere internationalen Zeitungen verwendeten die von WikiLeaks verbreiteten Informationen, ohne dass dies strafrechtliche oder administrative Konsequenzen hatte.

Assange konnte dem Verfahren beiwohnen, allerdings nur per Videokonferenz aus dem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh, dem sogenannten britischen Guantanamo. Der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, spricht von psychologischer Folter angesichts der langen Inhaftierung, die mit der Flucht in die ecuadorianische Botschaft 2010 begann. Seit 2019 befindet er sich in Isolationshaft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh.

### **.) Wenn die Welt untergeht, weil wir der Ukraine helfen, dann soll es halt so sein:**

<https://www.kommunisten.de/rubriken/kommentare/8488-wenn-die-welt-untergeht-weil-wir-der-ukraine-helfen-dann-soll-es-halt-so-sein> - Nein, die Welt soll nicht untergehen, Frau

Sadovska. Es gibt vernünftigeren Lösungen. Kommentar von Leo Mayer zur Forderung von Mariana Sadovska im Kanzleramt, dass bei der militärischen Unterstützung der Ukraine das atomare Inferno riskiert werden müsse. "Wenn die Welt untergeht, weil wir der Ukraine helfen, dann soll es halt so sein!", so formulierte die ukrainische Sängerin Mariana Sadovska die Quintessenz ihrer Überzeugung von dem, was die Welt jetzt tun müsse, um ihrem Land zu helfen. In der Reihe "Kultur im Kanzleramt" am 28. März sang Mariana Sadovska kein Lied, rezitierte kein Gedicht und sprach nicht über Kultur. Stattdessen sprach sie über den Krieg und forderte die NATO auf, eine Flugverbotszone einzurichten. "Natürlich haben wir große Angst, dass dadurch alles eskaliert und es zu einem Atomkrieg kommt und die ganze Welt untergeht.

### **.) НЕТ ВОЙНЕ – Nein zum Krieg! | Der Appell : [Wer steht dahinter?](#)**

Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda. Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung,

ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.

Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos.

Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukrainekonflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen.

Gleichzeitig will die Bundesregierung an der »Schuldenbremse« festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

*Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht und macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer.*

Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

## **.) Helmut Schmidt hat Verständnis für Putins Krim-Politik :**

<https://www.zeit.de/politik/2014-03/schmidt-krim-putin> Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt kann verstehen, warum Russland die Krim annektiert hat. Kritik äußert Schmidt am Westen, aber Lob für Kanzlerin Merkel. Der frühere Bundeskanzler [Helmut Schmidt](#) kann das Vorgehen des russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) auf der Krim gut nachvollziehen. Es sei "durchaus verständlich", sagte Schmidt der Wochenzeitung DIE ZEIT, deren Herausgeber er ist. Dagegen kritisierte er das Verhalten des Westens im Krim-Konflikt mit scharfen Worten. Die von der Europäischen Union und den USA beschlossenen [Sanktionen gegen Russland](#) seien "dummes Zeug". Weiter gehende wirtschaftliche Sanktionen würden ihr Ziel verfehlen. Auch sie hätten vor allem symbolische Bedeutung, "aber sie treffen den Westen genauso wie die Russen", sagte Schmidt. Für falsch hält Schmidt auch den Beschluss des [Westens](#), die Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der G 8 einzustellen. "Es wäre ideal, sich jetzt zusammzusetzen. Es wäre jedenfalls dem



Frieden bekömmlicher als das Androhen von Sanktionen", sagte Schmidt. "Die G 8 ist in Wirklichkeit nicht so wichtig wie die G 20. Aus der G 20 hat man die Russen bisher nicht rauskomplimentiert." Die Politik von [Kanzlerin](#) Angela Merkel (CDU) hingegen gefällt Schmidt. "Hier ist ein Lob für die Vorsicht der deutschen Bundeskanzlerin angebracht", sagte er. Die Situation in der Ukraine sei "gefährlich, weil der Westen sich furchtbar aufregt," sagte Schmidt. Dies führe dazu, "dass diese Aufregung des Westens natürlich für entsprechende Aufregung in der russischen öffentlichen Meinung und Politik sorgt". Über eine mögliche Invasion [Russlands](#) auch im [Osten der Ukraine](#) wollte Schmidt nicht spekulieren. "Ich halte es für denkbar, aber ich halte es für einen Fehler, wenn der Westen so tut, als ob das zwangsläufig der nächste Schritt sei", sagte Schmidt. "Das führt dazu, dass er möglicherweise auf russischer Seite den Appetit anregt."

### **Und noch mehr davon:**

„Putin-Versteher“? Helmut Schmidt, Russland und die Ukraine :<https://www.helmut-schmidt.de/aktuelles/detail/putin-versteher-helmut-schmidt-russland-und-die-ukraine>

Helmut Schmidt warnte wegen Ukraine vor 3. Weltkrieg – er sprach wie Putin heute :<https://www.derwesten.de/politik/helmut-schmidt-ukraine-krieg-russland-putin-3-weltkrieg-nato-altkanzler-id234786911.html>

Deutschland, der Westen und Wladimir Putin: Von Helmut Schmidt lernen :  
<https://www.atlantik-bruecke.org/von-helmut-schmidt-lernen/>

Helmut Schmidt versteht nicht, warum man sich über die Annexion der Krim aufregen soll. Er hat Verständnis für den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Das ist mehr als eine Sprachverwirrung:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/helmut-schmidts-verstaendnis-fuer-putin-kommentar-nikolaus-blome-a-961024.html> -

usw. usw.

Dagegen sind die Schröders und Steinmeiers und wie sie alle heißen

„Weisenknaben“. Olaf Scholz nannte Schmidt auf seiner Beerdigung einen Giganten.

Mehr zu dieser gigantische Dimension unter diesen Links:

**Nachruf zur Heiligsprechung von Helmut Schmidt:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Nachruf-zur-Heiligsprechung-von-Helmut-Schmidt.pdf>

und **Nachruf wie Donnerhall auf Helmut Schmidt SPD:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Nachruf-wie-Donnerhall.pdf>

**.) Decke übern Kopf, Auch wenn die Betonklötze das Bild vieler Städte prägen,** haben Bund und Länder die deutschen Zivilschutzbunker schon vor 15 Jahren aufgegeben. Angesichts des Ukrainekrieges wird jetzt geprüft, ob und wie sich das rückgängig machen ließe:

<https://taz.de/Archiv-Suche/!5846828&s=gernot%2Bkn%C3%B6dler&SuchRahmen=Print/> -

Überm Tor zur Vergangenheit prangt ein blaues Dreieck auf einem orangen Kreis: das internationale Symbol für Zivilschutz. Wolfgang Schwabe schließt mit zwei Schlüsseln eine Gittertür auf, hinter der ein paar Stufen ins Dunkle führen. Es ist der Eingang zum Hochbunker in der Bremer Admiralstraße – ein Bauwerk der Nazis, das im Kalten Krieg zu neuen Ehren kam und von dem man sich jetzt fragen kann, ob es vielleicht vorschnell aufgegeben wurde.

Schwabe ist ein älterer Herr in Jeans und trägt eine Umhängetasche mit der Aufschrift „Stattreisen“. Für dieses Unternehmen führt der Rentner Touristen durch die Bremer Unterwelten, zu denen der Hochbunker zwar nicht faktisch, aber umso mehr atmosphärisch gehört.

Schwabe ist selbst ein Kind der 1950er Jahre. Der Bunker wurde seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gebraucht, ist seit 15 Jahren außer Betrieb. „Ich bin glücklich, dass ich in dieser Zeit in diesem Land aufgewachsen bin“, sagt der Stadtführer.

Doch seit Russland die Ukraine überfallen hat, ist die Zeit eine andere geworden.

Plötzlich dringt durch, dass in russischen Talkshows schon seit ein paar Jahren darüber diskutiert wurde, wie das Baltikum annektiert oder ein Atomkrieg geführt werden könnte, wie Publizistin Marina Weisband berichtete. Erinnerungen an den Kalten Krieg kommen hoch: Atomkriegsfilme, Friedensdemos, Nato-Herbstmanöver.

Der Hochbunker in der Bremer Admiralstraße wurde wie viele seiner Art in den Jahren 1941 bis 1943 erbaut, nachdem sich der zunächst begonnene Bau von Tiefbunkern als zu aufwendig erwiesen hatte. Wie heute noch in Bremen, Hamburg und Berlin zu sehen ist, füllten diese Bunker Baulücken. Sie sollten nicht weiter auffallen und sich in die Häuserzeile einfügen. Während des Krieges wurden sie mit optischen Täuschungen bemalt.

Diese „Luftschutzhäuser“, wie die NS-Regierung sie nannte, sind in der Regel nicht nur Betonklötze. Ihre Fassaden sind häufig durch Gesimse oder Lüftungslöcher gegliedert. Ursprünglich sollten sie der Umgebung entsprechend verkleidet werden, was aber 1941 wegen Arbeitskräftemangels verboten wurde. Die Nazi-Planer griffen gerne auf Formen der Vergangenheit zurück. So entstanden runde, tatsächlich verklümmerte Türme nach dem Vorbild mittelalterlicher Stadttore.

Solche Türme des patentierten Typs „Zombeck“ hatten im Inneren eine spiralförmige Rampe, die es ermöglichte, sehr schnell Hunderte von Personen aufzunehmen. Dazu kamen wenige aufwendige überdeckelte Betonröhren, Röhren- und flache Rundbunker, die zwar keinen direkten Treffer abkonnten, aber vor Bombensplittern schützten, deren Einschlag an mancher Wand zu sehen ist.

Auch die Fassade des Bunkers Admiralstraße ist im archaisierenden Nazi-Stil verkleidet, mit ausbetonierten Ecksteinen, Mauerbändern und Toren mit angedeuteten Sturzbögen. Der unvollendete Bunker bekam im August 1944 einen Treffer auf das eingeschaltete Dach, wurde von den verzweifelte Menschen aber trotzdem weiterhin aufgesucht.

## **.) Aktuelle Aktionen der Anti-Atomkraft- und Klimaschutz-Bewegung :**

BBU-Pressemitteilung vom 22.04.2022

(Bonn, Düsseldorf, Kiel, 22.04.2022) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) weist auf mehrere überörtliche Aktionen der Anti-Atomkraft- und Klimaschutz-Bewegung hin, die in den nächsten Tagen stattfinden.

Am Samstag, 23. April 2022, findet in Lauenförde eine Demonstration gegen das sogenannte Bereitstellungslager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll statt, das auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerkes Würgassen entstehen soll. Gleichzeitig richtet sich die Protestaktion gegen die Atommülltransporte, die mit dem Betrieb des Lagers verbunden sein würden. Beginn der Aktion ist um 13 Uhr auf dem Dorfplatz von Lauenförde. Weitere Informationen:

<https://www.atomfreies-dle.de/news-aktionen>

Ebenfalls am Samstag, 23. April 2022, wird in Lützerath gegen den weiteren Braunkohleabbau durch RWE demonstriert. In dem Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration heißt es u. a.: „Es ist eine Illusion, dass Kohleverbrennung irgendetwas mit „Versorgungssicherheit“ zu tun hat. Eine sichere Welt für uns alle wird es nur mit 100% Erneuerbaren geben. Genau diese Erneuerbaren und eine sozial-ökologische Wirtschaft aber hat die bisherige Landesregierung bisher eher verhindert als gefördert. Die Politik muss endlich Verantwortung für Klimaschutz übernehmen – hier im Rheinland und überall auf der Welt!“ Die Demonstration startet um 12 Uhr in Immerath und führt nach Lützerath. Ausführliche

Informationen: <https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

Gleich zweitägig findet in Düsseldorf am Wochenende (23. / 24. April 2022) das nächste RWE-Tribunal statt. Dabei wird analysiert wie die Landespolitik und die Verwaltung in NRW (z.B. die Bergbaubehörde Arnsberg oder auch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, LANUV) die Geschäftsinteressen von RWE in den zurückliegenden Dekaden systematisch gefördert haben. Außerdem wird auf die Bedeutung von RWE im Bereich der Atomindustrie eingegangen. So ist RWE zum Beispiel an dem Urenco-Konzern beteiligt, der in Gronau die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage betreibt. Das RWE-Tribunal beginnt am Samstag um 11 Uhr im Bürgerhaus Reisholz, Kappeler Straße 231 in 40599 Düsseldorf. Das vollständige Programm findet man unter

<https://www.rwe-tribunal.org>

Am Sonntag, 24. April 2022, wird beim Atomkraftwerk Brokdorf an die Atomkatastrophe in Tschernobyl erinnert, die sich am 26. April 1986 ereignet hat. Die Aktion beginnt um 12 Uhr am Deich vor dem AKW, das am 31.12.2021 stillgelegt wurde. In der Einladung zur Aktion heißt es u. a.: „Wer von seinen Erfahrungen, Erlebnissen und Gedanken berichten möchte, hat dazu Gelegenheit. Eine Bühne und Verstärker stehen zur Verfügung. Wesentliches Anliegen des Treffens ist neben dem persönlichen Kontakt, auch weiterhin auf die Gefahren der Atomkraft, die ungeklärte

Atommüllendlagerung und die Probleme beim Rückbau der AKW's aufmerksam zu machen.“ Mehr dazu unter <http://www.brokdorf-akut.de>  
Rund um den Jahrestag der Tschernobylkatastrophe (Dienstag, 26. April 2022) finden in vielen Städten Gedenkveranstaltungen sowie Proteste gegen die noch laufenden Atomkraftwerke und Uranfabriken statt, so zum Beispiel in Lingen und Neckarwestheim. Eine unvollständige Terminübersicht findet man unter <https://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm> (wird weiter ergänzt).

Ebenfalls am Dienstag, 26. April 2022, findet in Erkelenz eine Podiumsdiskussion zur Zukunft des Braunkohleabbaus in NRW statt. „Wie soll den geretteten Garzweiler-Dörfern Rechtssicherheit gewährleistet werden? Was wird zur Rettung Lützeraths unternommen? Und wo verläuft im rheinischen Revier die 1,5°-Grenze? Diese und viele weitere Fragen werden den Vertreter\*innen von Grünen, CDU, SPD, FDP und Linkspartei“ gestellt, so ein Ankündigungsschreiben. Ort der Veranstaltung ist die Stadthalle in Erkelenz, Beginn ist um 18 Uhr. Mehr dazu unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

Letzter Terminhinweis in dieser Zusammenstellung: Am Donnerstag, 28. April 2022, findet die nächste RWE-Hauptversammlung statt, zu der auch Gegenproteste organisiert werden. Um 9.30 Uhr beginnt vor der RWE-Zentrale in Düsseldorf (Altenessener Straße / Theodorstraße) eine Protestkundgebung. „Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, ethecon, die Initiative RWE-Tribunal und viele andere Organisationen und Initiativen begleiten die Hauptversammlung der RWE AG mit Reden, Musik und Straßentheater. Da RWE sich entschieden hat, eine virtuelle Aktionärsversammlung ohne die physische Präsenz der Aktionärinnen und Aktionäre durchzuführen, werden wir unseren Protest vor die Konzernzentrale in Essen tragen und dort den internationalen ethecon Dead Planet Award an Vertreter\*innen der RWE AG überreichen.“ Quelle und weitere Informationen: <https://www.kritischeaktionaeere.de/>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
<<http://www.facebook.com/BBU72>>.

Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und

umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atom-  
ausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung, gegen Fracking und für  
umweltfreundliche Energiequellen.

.) Ukrainekrieg - Jürgen Wagner - Online-Veranstaltung - Russlands Krieg und die  
westliche Rolle und die Sackgasse Aufrüstung : zur Info!

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

RUSSLANDS KRIEG, DIE WESTLICHE ROLLE & DIE SACKGASSE AUFRÜSTUNG

Dienstag, 26. April 19:30 Uhr

Der russische Angriff auf die Ukraine ist mit nichts zu rechtfertigen - auch nicht  
damit, dass der NATO durch ihre jahrzehntelange Expansionspolitik eine Mitschuld  
an der jetzigen Eskalation zukommt. Die Analyse der Vorgeschichte des Konfliktes ist  
dennoch wesentlich. Nur auf diese Weise können wir die aktuellen westlichen  
Reaktionen auf den russischen Einmarsch kritisch einschätzen. Nur so gelangen wir  
zu möglichen friedenspolitischen Alternativen, die den Krieg verurteilen, ohne dabei  
die westliche Aufrüstungspolitik zu befürworten.

Der Referent Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler und geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung <[http://www.imi-  
online.de/](http://www.imi-online.de/)> (IMI).

Veranstalter: Friedensinitiative Bielefeld /Ostwestfalen-Lippe

<<https://bielefelder-friedensini.de/>> , Attac BAG Globalisierung und Krieg

<<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/>> , Attac

Würzburg <<https://www.attac-netzwerk.de/wuerzburg/regionalgruppe-wuerzburg>>

Einwahllink:<<https://vk.attac.de/b/att-tyt-a15-fel>>

Eine Anleitung und weitere Informationen zur Teilnahme unter

<<http://www.attac.de/bbb/>> .

Bitte unsere gesonderten Datenschutzhinweise beachten.

Rufnummer, um dieser Konferenz per Telefon beizutreten:

+49-30-80949520

Dann bitte nach Aufforderung die PIN 90815 eingeben.

Weitere Informationen

<[https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-  
krieg/veranstaltungen/online-seminare/2022#c130405](https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/veranstaltungen/online-seminare/2022#c130405)>

### **.) Wahl in Frankreich am Sonntag**

Die Wahl wird für EU, Europa und NATO haben, wie noch nie. Ich denke auch an das  
Jahr 2027, wenn M. nicht mehr zur Wahl antreten kann.

Klar ist das Frau Le Pen die frz. Grenzen sofort „scharf“ kontrollieren will. Angeblich  
würden zu viele Flüchtlinge nach Frankreich, dabei hat schon in den letzten Jahren

weniger Migranten aufgenommen, als alle Länder um Frankreich. Erneuerbare Energien werden zurückgebaut. Die Windanlagen sollen abgebaut werden. In dem Artikel wird beschrieben was im Energiebereich in Frankreich passieren könnte

Frankreich wählt zwischen Grünstrom oder nur Kernenergie  
<https://www.montelnews.com/de/news/1314849/frankreich-w%C3%A4hlt-zwischen-grnstrom-oder-nur-kernenergie>

**.) Offener Brief an Kanzler Scholz :** <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/offener-brief-fordert-von-scholz-stopp-der-waffenlieferungen-an-die-ukraine-li.223704> -

Offener Brief fordert von Scholz Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine. Ein offener Brief, der unterzeichnet wurde von Daniela Dahn und Konstantin Wecker, fordert den Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine. Angesichts wachsenden Drucks auf Bundeskanzler Olaf Scholz, der Forderung nach Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine nachzukommen, hat sich ein Kreis von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Kultur und anderen Bereichen der Zivilgesellschaft in einem offenen Brief an den Kanzler gewandt.

Darin fordern sie, die Waffenlieferungen an die ukrainischen Truppen einzustellen und die Regierung in Kiew zu ermutigen, den militärischen Widerstand – gegen die Zusicherung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand und eine politische Lösung – zu beenden.

Die UnterzeichnerInnen kritisieren, dass mit der Lieferung von Waffen sich Deutschland und weitere Nato-Staaten de facto zur Kriegspartei gemacht hätten und warnen vor einer atomaren Eskalation.

Waffenlieferungen und militärische Unterstützung durch die NATO würden den Krieg verlängern und eine diplomatische Lösung in weite Ferne rücken. Der Preis eines längeren militärischen Widerstands wären – unabhängig von einem möglichen Erfolg – noch mehr zerstörte Städte und Dörfer und noch größere Opfer unter der ukrainischen Bevölkerung.

**.) »Wir sitzen nicht alle im selben Boot« :**

<https://www.derstandard.at/story/2000123275399/wir-sitzen-nicht-alle-im-selben-boot> - Halil Simsek ist aktiv beim Roten Aufbau Hamburg

Auch in Hamburg darf in diesem Jahr am 1. Mai wieder demonstriert werden. 2021 war eine von Ihnen angemeldete Demonstration am Hauptbahnhof mit Verweis auf die Coronapandemie verboten worden. Die Polizei jagte damals Leute durch den Stadtteil St. Georg. Droht ähnliches in diesem Jahr?

Die Pandemie ist zwar nicht im Griff, aber das Leben hat sich weitgehend normalisiert. Die letzten beiden Jahre hatten wir argumentiert, dass, wenn man

einkaufen kann und arbeiten muss, man eben auch gegen diese Umstände demonstrieren können muss. Das sah die Versammlungsbehörde anders und verbot alles. So kam es, dass wir als Kommunisten um bürgerliche Freiheiten auf der Straße kämpften, mit vielen Verletzten und Festgenommenen.

**Beim 1. Mai in diesem Jahr wird es auch um den Krieg in der Ukraine gehen, dessen Folgen und die Frage, wer mit Blick auf die Pandemie und die Aufrüstung die Zeche zahlt. Wie sehen Sie das?**

Wir sitzen nicht alle im selben Boot. Während die Reichen vielleicht ihre leerstehende fünfte Eigentumswohnung vermieten und Urlaub in Deutschland machen mussten, hat unsereins seinen Job und alle Ersparnisse verloren. Wir verlieren im Kapitalismus immer und sterben in ihren Kriegen. In den Krisen gibt es aber immer Gewinner auf der Kapitalseite, die von einer weiteren Konzentration profitieren, weil sie Konkurrenten verdrängen. Perfide ist, dass wir als lohnabhängige Klasse die Ausgaben des bürgerlichen Staates zum größten Teil selbst bezahlen. Die Unterdrückten finanzieren also ihre Unterdrückung. Während wir fast die Hälfte des Lohns abdrücken müssen, zahlte Hapag Lloyd letztes Jahr 0,65 Prozent Steuern. Haben Sie den Eindruck, dass die Herrschenden die Daumenschrauben anziehen? Welches Maß an Repressionsverschärfung erwarten Sie?

Sie haben sich Jahre vorher auf diese Krisenzeiten durch Verschärfungen vorbereitet, daher haben sie gewissermaßen schon alle Maßnahmen in petto. Die werden nun gegen Linke, Streikende und marginalisierte Gruppen angewendet. Einen kleinen Einblick haben wir ja schon durch die Pandemie bekommen. Bürgerliche Freiheiten zerplatzen wie Seifenblasen.

Im Aufruf zu Ihrer Demo heißt es: »Die Medien, die bürgerlichen Parteien, sogar die Kirchen trommeln für Aufrüstung, Waffenlieferungen und schlussendlich für den Krieg. Selten hat man so eine Einigkeit erlebt.« Worauf führen Sie das zurück?

Das Kapital versucht stets, durch Ideologieproduktion sein Interesse als Gesamtinteresse zu verkaufen. Schon Kaiser Wilhelm II. sagte zu Beginn des Ersten Weltkriegs, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Russland ist als Feindbild historisch stark verankert.

Die Kritik wird weithin auf das Handeln des russischen Präsidenten Wladimir Putin reduziert. Geht es letzten Endes bei diesem und anderen Kriegen nicht eher um die globale Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise?

Putin ist kein Gegenentwurf zum Bestehenden, er hat die russische Gesellschaft noch weiter ausverkauft. Aber er ist eben ein Konkurrent, und man will ihm seine Einflussphären abjagen. In einigen Wirtschaftsbereichen setzte er immer weiter auf Liberalisierung, also ja: Putin ist ein treibender Teil dieses Systems.

Zurück zum 1. Mai: Was ist dieses Jahr geplant?

Am 1. Mai geht es um 16 Uhr los vom Berliner Tor in den Hamburger Osten nach Barmbek, einem traditionellen Arbeiterstadtteil. Einen Tag davor, am 30. April,

machen wir wieder unsere HipHop-Openair, das »Klassenfest« an der Sternschanze.

**.) Wie Russland Europas Atomenergie in der Tasche hat :**

<https://www.sonnenseite.com/de/energie/wie-russland-europas-atomenergie-in-der-tasche-hat/> - Uran aus Russland ist Treibstoff für europäische AKW :

<https://www.sonnenseite.com/de/zukunft/atomkraft-schafft-keine-energieunabhaengigkeit/> - Faktenblatt: Atomkraft und die Abhängigkeit von Russland. Der Uranatlas mit Daten und Fakten zum Krieg gegen die Ukraine und zur Abhängigkeit von Russland im Atombereich:

[https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft\\_Uranatlas\\_Faktenblatt\\_Russland](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_Uranatlas_Faktenblatt_Russland)